Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110. Dienstag, den 13. Mai 1919. 26. Jahrg.

Der Friedensvertrag in der Nationalversammlung.

Berlin, im Aulagebäude der Universität.

Die Regierungsbänke, die Plätze der Abgeordneten und die Tribünen sind vollbesetzt.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Bauer, Wissell, Bell, Dernburg, Preuß, Gothein, Noske, Reinhardt, Schmidt, Oesterreichischer Gesandter Dr. Hartmann u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr. Eine Fülle von Telegrammen aus dem ganzen Reiche gegen die Friedensvorschläge der Entente werden zur Einsicht ausgelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort als Vertreter der Universität Berlin Abg. Dr. Kahl: Der derzeitige Rektor hat mir den Auftrag erteilt, die Deutsche Nationalversammlung namens der Universität hier willkommen zu heißen, und ihr zugleich einen heißen Segenswunsch zu bringen für die schweren und verantwortungsvollen Entschlüsse und Beschlüsse, die sie in diesem Raume vielleicht zu fassen berufen sein wird. Hier hat am 10. bis 12. Oktober 1910 die Berliner Universität die Jahrhundertfeier ihrer Begründung begangen, unter der Teilnahme der ganzen Welt. Hier huldigten Frankreich, vertreten durch den Mathematiker Poincare, Italien, Groß-Britannien, Rußland, die Vereinigten Staaten, Japan dem deutschen Volke und dem deutschen Geist als den unentbehrlichen Kräften und notwendigen Elementen und Fermenten der Menschheitsgeschichte. Das sind die unversöhnlichen Feinde und die „großmütigen" Sieger von heute. Sie wollen das deutsche Volk vernichten, das wiederum nur noch tiefer als zur Zeit der Gründung der Universität am Boden liegt, geschlagen und besiegt. Aber da lebt nun das andere Zeichen jener Zeit in dem Wandgemälde unseres Festraums: Johann Gottlieb Fichte hält als erster Rektor der Universität seine Reden an die Deutsche Nation. Dieser Mann, diese Feuerseele, redet auch heute zu uns allen, das Urbild des rücksichtslosen Denkers und Drängers zur Wahrheit, das Sinnbild des nie verzagenden Mutes, das Vorbild des großen Patrioten in schwerster Zeit, entschlossen, Leben und alles einzusetzen für Volkstum und Vaterland. Wenn hier in diesem Geiste Entschlüsse reifen und Beschlüsse gefaßt werden, dann ist es der Anfang zum Wiederaufstieg, und daß Fichtes Kraft in Wort und Tat hier wirken werde, das ist der innige Wunsch, den ich namens der Berliner Universität der Nationalversammlung darzubringen die Ehre habe, womit ich Sie herzlichst begrüßen will. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Fehrenbach spricht von ganzem Herzen den Dank der Versammlung für die freundliche Begrüßung aus.

Nunmehr tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Erklärung über die Friedensbedingungen.

Ministerpräsident Scheidemann:

In einem Notquartier hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist. Alle sind erschienen, bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die nach dem Willen unserer Gegner zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: wir gehören zusammen, wir müssen beieinander bleiben, wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. Das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt. Lassen Sie mich ganz ohne taktische Erwägungen reden: Dieses dicke Buch, in dem hundert Absätze beginnen: Deutschland verzichtet, verzichtet, verzichtet; dieser schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volke das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt werden soll, darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. Es käme mir wie Lästerung vor, das Wilsonprogramm mit diesen Bedingungen auch nur vergleichen zu wollen. Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers Wilson, wie die Welt ihn sah und hoffte, hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einem, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: „Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten". Ueberall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: Traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern! Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag, das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! 60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern! 60 Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen! Nach den uns gemachten Vorschlägen hat Deutschland aufgehört, im Auslande zu existieren! Die Kolonien und Kabel werden ihm weggenommen; die Funkenstationen unter Kontrolle gestellt. Unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über! Ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, bei der Festetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren mitzuwirken — ich frage Sie, wer kann als ehrlicher Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir arbeiten und Frondienste für die ganze Welt leisten! Den Handel im Auslande, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, macht man uns unmöglich! Die Lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens sollen außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner. Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte in erster Reihe zu Zahlungen an die Gegner zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Auf die eigenen Bedürfnisse unseres Volkes nimmt man keine Rücksicht und streicht unsere Ansprüche mit der Handbewegung weg: „Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt oder indirekt irgendwelche Geldforderungen für irgendwelches Ereignis vorzulegen, das vor Inkrafttreten dieses Vertrages fällt." Und schließlich vollendet man offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind mit der Bestimmung: „Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zuzusichern." Genug! Uebergenug! Wir haben Gegenvorschläge gemacht und werden weitere machen! Wir sehen mit Ihrem Einverständnisse unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! So unannehmbar, daß ich noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen, aus allen Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! Da und dort regt sich schon die Einsicht, in den neutralen Ländern, und vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden Stimmen laut, an denen der Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen wird. Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, vor allem unsren Brüdern aus Deutsch-Oesterreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen. Wir grüßen Euch, wir danken Euch und wir halten zu Euch! Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht eng genug ist, in welchem das „deutsche Tier" eingesperrt werden soll. Wir kennen unseren Weg. Ueber diese Bedingungen darf er nicht führen. Es hieße nicht nur an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern, wenn wir anders denken und fühlen wollten. Lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie mit uns eins sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder! Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht nur für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestieren, daß Haß verewigt, Fluch für immer verankert werde. Den Mitgliedern der Nationalversammlung gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, bewahret sie! Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so bleibt nicht Deutschlands Leiche allein auf dem Schlachtfelde von Versailles liegen. Daneben werden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe ohne Grenzen wäre die Folge eines solchen Vertrages, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre! Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns eine Marter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was wir zugesagt haben und ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, der uns am Leben läßt, kann die Welt wieder aufbauen. Solchen Vertrag unsere Unterschrift, seinen Bestimmungen unsere Treue, seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit! Nicht der Krieg, sondern dieser harte kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für uns aufs tiefste geschwächte Volk sein! Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung! Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges. Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung. Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden! Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord. Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben, aber dreimal wehe über die, welche heute einen wahrhaften Frieden verzögern, auch nur um einen Tag!

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde in allen ihren Teilen mit Aeußerungen lebhafter Zustimmung begleitet und vielfach durch stürmischen Beifall unterbrochen. Nach den Worten: Dieser Vertrag ist unannehmbar, erhob sich das Haus und bekräftigte die Worte des Ministerpräsidenten mit stürmischen Kundgebungen des Beifalls und allgemeinem Händeklatschen. Auch die Tribünen nahmen an dieser Kundgebung lebhaften Anteil.

Preußischer Ministerpräsident Hirsch gibt im Auftrage der Regierungen sämtlicher deutschen Freistaaten folgende Erklärung ab. Unsere Feinde wollen uns für alle Zeiten aus der Reihe der Kulturstaaten der Welt streichen, und das arbeitsfreudige deutsche Volk zu einem Knechtsvolk machen. Demgegenüber erklären wir Vertreter aller deutschen Freistaaten vor aller Welt: Lieber Tod als Sklave! (Beifall.) In dem Urteil, daß dieser Friedensvorschlag unannehmbar ist, sind wir mit der Reichsregierung einig, und stehen geschlossen hinter ihr. Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgend eine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Lebhafter Beifall.) In der bittersten und furchtbarsten Not stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.) Das neue, [illegible] demokratische Deutschland wird auch aus diesem Unglück ei[illegible] Aufstieg finden, der alle Völker der Welt mit emporhebt. ([illegible] Beifall.)

Abg. Müller-Breslau (Soz.): Bei dem jetzigen Friedensentwurf kann von keinem Rechtsfrieden gesprochen werden, der Wahrheit gemäß müßte in dem Entwurf ein Paragraph enthalten sein, wonach das deutsche Volk auf einen Rechtsfrieden verzichtet. (Sehr richtig!) Dieser Friede ist weiter nichts als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. (Sehr richtig!) Der Krieg sollte angeblich nur ein Kreuzzug sein gegen Kaiserismus und Militarismus. Jetzt aber, nachdem Deutschland wehrlos gemacht ist, wollen der französische Militarismus und der englische Kapitalismus weiter ihr Unwesen treiben, während man uns politisch und wirtschaftlich knechtet. Wir Sozialdemokraten wollten stets einen Frieden, der in Europa keinen Rachegedanken zurückließ, wir wollten nicht, daß die Völker verschachert würden wie auf dem Wiener Kongreß. Dafür sind angeblich auch unsere Feinde eingetreten. Aber was ist aus diesen Verheißungen geworden? Kerndeutsche Volksteile sollen ungefragt unter fremdes Joch kommen, der reine Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Europa möge daran denken, was daraus geworden ist, daß Bismarck 1871 Elsaß-Lothringen zu Deutschland schlug, ohne die Bevölkerung zu fragen. (Sehr richtig!) Jetzt wiederholen unsere Feinde diesen Fehler an allen Ecken und Enden. Wir sind mit unseren österreichischen Brüdern ein Herz und eine Seele, wir gehören zusammen, und nur die Gewalt kann uns trennen. (Stürmischer Beifall.) Wir erheben Einspruch gegen jede gewaltsame Lostrennung deutscher Volksteile vom Körper des Reiches und fordern, daß unsere Unterhändler mit allen Mitteln durchsetzen, daß nirgends ein Teil des deutschen Volkes von Deutschland losgetrennt wird, ohne daß eine Abstimmung darüber stattfindet. (Lebhafte wiederholte Zustimmung.) Jeden andern Friedensvertrag würden wir für ein europäisches Unglück halten. Auch nach unserer Meinung sind noch schlimmer als die territorialen Veränderungen die finanziellen Fesseln und wirtschaftlichen Bindungen, die nur erfüllt werden können, wenn man dem Deutschen auch das letzte Hemd vom Leibe reißt. (Sehr richtig!) Wilson hat feierlich versprochen, daß diesem Krieg kein Wirtschaftskrieg folgen solle. Was sind die finanziellen und wirtschaftlichen Bindungen aber anders als ein Wirtschaftskrieg in der brutalsten Form? (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Friedensvertragsentwurf ist unerträglich, unerfüllbar und daher für uns unannehmbar. (Stürmischer Beifall.) Das hat auch der holländische Sozialistenführer Troelstra erklärt. Würde dieser Vertrag Gesetz, so müßten breite Massen unsers Volkes auf der Straße betteln gehen. Wir lehnen einen Vertrag ab, der uns alles nimmt und uns nichts gibt. Dieser Friedensvertrag ist ein Werk der siegreichen Ententekapitalisten und bringt daher den Arbeitern überhaupt nichts. Der deutsche Arbeiter soll versklavt werden, damit die deutsche Republik durch ihre Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet in der Welt keine moralischen Eroberungen machen kann. Mit dem deutschen Sozialismus aber wollen die Ententekapitalisten den Sozialismus in allen Ländern treffen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deshalb ist dieser Friedensvertrag im Grunde genommen das furchtbarste Sozialistengesetz, daß es jemals gegeben hat. (Sehr richtig; bei den Soz.) Hoffentlich sehen unsere französischen und englischen Genossen das in steigendem Maße ein. Komme, was kommen mag: in einer Zeit, in der selbst die letzten Nationen zu selbständigem staatlichen Leben erweckt werden, läßt sich das deutsche Volk nicht zur Sklaverei verurteilen. Das mag sich Europa an diesem dunklen Tage deutscher Geschichte merken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Z.): In tiefster Trauer und bitterem Schmerz über das Unglück unseres Vaterlandes nimmt auch das Zentrum Stellung zu dem Vertragsentwurf der Entente. Was uns vorliegt, läßt von den Wilsonschen Punkten keine Spur mehr erkennen und ist ein Wortbruch im vollsten Sinne des Wortes. Wo ist vom Selbstbestimmungsrecht der Deutschen etwas zu finden? Sogar den Deutsch-Oesterreichern soll der Anschluß an Deutschland versagt werden. Welche Angst muß das gewaltige England immer noch vor der deutschen Kraft haben, wenn man uns sogar das zulässige Maß unserer Verteidigung vorschreiben will. Am ungeheuerlichsten sind die finanziellen Friedensbedingungen, die unsern völligen Bankrott bedeuten würden. Der Wirtschaftskrieg wird durch einen solchen Frieden mit neuen Mitteln auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt. Eine solche Ungerechtigkeit und Grausamkeit hat die Welt noch nicht erlebt. Mit Entrüstung weisen wir die Zumutung zurück, daß wir uns verpflichten sollen, den deutschen Kaiser und eine Anzahl politischer und militärischer Führer an ein Gericht unserer Feinde zur Aburteilung auszuliefern. Ein solcher Friedensvertrag, wie er uns hier vorgelegt ist, kann dem deutschen Volk nur das Schicksal Irlands oder ein noch traurigeres bringen. Gegen die drohende Gewalt wird nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Menschheit, soweit sie sich noch ein freies Urteil bewahrt hat, entschiedenen Protest einlegen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Bohm-Schuch (Soz.): Die Frauen aller Länder haben während des Krieges Unsagbares gelitten. Das Leid der Frauen und Mütter war international. Uns deutsche Frauen einte mit den Frauen der ganzen Welt das unsagbare Leid des Krieges. Deshalb haben wir gegen ihn gekämpft und glaubten, die Frauen der ganzen Welt, auch die in den uns feindlichen Ländern, führten diesen Kampf mit uns, und wir könnten nur ihre Stimme nicht hören. Als dann der Waffenstillstand kam, zeigte sich aber, daß wir uns geirrt hatten, und wir Frauen in Deutschland allein standen. Ich weiß nicht, ob unsere Schwestern jenseits der Grenzen jemals ganz begriffen haben, welche Unmenschlichkeit der Hungerkrieg bedeutet. Aber wir deutschen Frauen und Mütter haben gehungert während des Krieges, wir haben gesehen, wie unsere Kinder hungerten und verhungerten, wie ganze Scharen blühender junger Menschen an Hunger zugrunde gingen. Wenn die Entente uns eine Rechnung über die Leiden ihrer vom Krieg betroffenen Bürger aufmachen will, so könnten wir eine Gegenrechnung präsentieren, die ungeheuerliche Posten enthält, und überhaupt niemals beglichen werden kann. (Lebh. Zustimmung.) Der uns vorgelegte Friedensvertrag nimmt uns Frauen und Müttern jede Hoffnung, daß unsere Kinder einst in [illegible]

Leben führen könnten als wir heute. Er würde uns zu willenlosen und rechtlosen Sklaven machen, und uns jede Möglichkeit zur Durchführung des Sozialismus nehmen. Das ist kein Friede, sondern die Fortführung des Krieges gegen wehrlose Gefangene. (Lebhafte Zustimmung.) Man will uns die Früchte unserer Arbeit nehmen, man will uns etwas Mehl, Fleisch und Milch geben, dafür nimmt man uns aber die Kornkammer im eigenen Volke, die Milchkühe und das Fleischvieh. Hunderttausenden unserer Volksgenossen nimmt man die Heimat. Die Franzosen, deren starkes Heimatsgefühl wir immer bewundert haben, sollten doch verstehen, daß wir auch ein Heimatsgefühl haben. (Lebhafte Zust.) Unsere junge Republik hat das Heimatrecht und das Recht auf Muttersprache aller Stämme anerkannt. Dieses Recht wollen wir uns selbst aber auch nicht nehmen lassen. Die Zurückhaltung unserer Gefangenen ist die furchtbarste Grausamkeit. Wir wollen nicht, daß die Menschheit noch einmal durch dieses furchtbare Meer von Blut gehen muß. Darum fordern wir im Namen der Menschlichkeit, daß Deutschland als gleichberechtigtes Glied in den Völkerbund aufgenommen wird. Dieser Friede wäre sonst der Anfang eines neuen Krieges. Wir fordern unsere Schwestern in der ganzen Welt auf, daß sie mit uns einstimmen in den Protest gegen einen derartigen Friedensvorschlag. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Haußmann (Dem.): Die Demokratie von Frankreich, England und Amerika haben erkennen lassen, daß sie die Grundsätze der Demokratie vergewaltigen lassen wollen. Von einzelnen ehrlichen Vertretern der Demokratie in diesen Ländern ist öffentlich ausgesprochen worden, daß dieser Friede ein Verrat an der Demokratie ist und ein Bündnis der gegenerischen Nationen, um Deutschland auch das Blut unter den Nägeln wegzuholen. Der Vernichtungswille der Entente gegen Deutschland hat gesiegt. Dieser Friede ist eine neue Form langsamer Folterung eines neuen Volkes, eine Verrohung des Völkerrechts, wie sie noch niemals da war. Man wagt sogar, in einem Artikel zu sagen: die durch den jetzigen Vertrag nicht erledigten Fragen werden Gegenstand späterer Vereinbarung sein, welche anzuerkennen Deutschland schon jetzt sich verpflichtet. (Große Bewegung.) Man verbietet Deutschland, sich mit Oesterreich zusammenzufinden. Man kann zwar versuchen, die legitime Verbindung Zusammengehöriger, die sich vermählen wollen, zu verbieten, aber die Geschichte der Völker lehrt, daß durch solche Verbote die Neigung und die Liebe nur noch stärker wird. (Sehr wahr!) Unsere Sicherheit wird beschränkt, unsere Kolonien werden uns genommen, eine verschleierte Annexion des Saargebietes vorgeschlagen. Große Stücke deutschen Bodens sollen uns entrissen werden, aus Danzig will man eine freie Stadt machen, in der der Pole schalten und walten kann. Auch aus Süddeutschland antwortet auf alle diese rücksichtslosen Vergewaltungsabsichten ein Schrei der Entrüstung. (Lebhafter Beifall.) Ebenso grausam sind die wirtschaftlichen Fesseln, die man uns anlegen will. Der deutsche Rhein und die Donau bis Ulm sollen internationalisiert werden, neben der oberschlesischen Kohle verlangt man unser Vieh, alle Sparkassen und Geldinstitute werden bankrott gemacht. Wie können wir da noch von Sozialisierung reden. Was bliebe für die Arbeiterräte noch zu tun? Die deutsche Industrie wird ruiniert. Angesichts der Verständigung vom 5. November haben wir es in der Tat mit einem Wortbruch zu tun. Hätte unser Heer, hätten unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt, daß der Friede so aussehen würde, das Heer hätte die Waffen nicht niedergelegt, alles hätte ausgehalten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) In den Formen des Rechts will man jetzt Beute machen. Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Dieser Vertrag ist für meine Freunde unannehmbar, das ist unsere einmütige Auffassung. Komme, was kommen mag, es kann nichts Schlimmeres kommen, als was die Selbstauferlegung eines Joches für uns bedeuten würde. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wir stellen uns mit Entschlossenheit auf den Boden der heutigen Erklärung der Regierung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abgs Bitta (Z.) legt als Oberschlesier entschiedene Verwahrung gegen die Abtretung Oberschlesiens an die Polen ein.

Abg. Graf Posadowsky (Deutschnational): Dieser Vertragsentwurf ist ein Gemisch von französischer Rachsucht und englischer Brutalität. Man nimmt uns das Saargebiet und Oberschlesien, will uns aber gleichzeitig verpflichten, ungeheuer Kohlenlieferungen für Belgien, Frankreich und Italien aufzubringen. Das ist wirtschaftlich eine glatte Unmöglichkeit. Das Grausamste und Nichtswürdigste aber ist, was man uns auf dem Gebiet der Volksernährung zumutet. Ein zerfetztes und zerfleischtes Deutschland soll enorme Beiträge für die „Wiedergutmachung" aufbringen. Von alledem, was Präsident Wilson in Aussicht gestellt hat, ist in dem uns vorgelegten Vertrage keine Rede. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, sondern auch die Ehre nehmen durch das Verlangen der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers. Keiner, der Ehrgefühl im Leibe hat, kann diese Forderung annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben müßte. (Beifall.)

Abg. Blunck (Dem.) protestiert als Vertreter Schleswig-Holsteins gegen die Vorschläge über die Volksabstimmung in Schleswig. Auch im nördlichen Gebiet muß eine wirklich unparteiische Befragung des Volkes stattfinden. In der zweiten Zone haben nur 9,1 Proz. der Bevölkerung dänische Muttersprache, in der dritten nicht einmal ein halbes Prozent. (Hört, hört!) Gegen eine Abstimmung in diesen südlichen Gebieten legen wir die allerschärfste Verwahrung ein. (Beifall.)

Schulze-Bromberg (DNP.): Die schwere Verantwortung für die jetzige Lage müssen diejenigen tragen, die die Niederlegung der Waffen mit Vertrauen auf Wilson gerechtfertigt haben. Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unausführbar und für alle Zeiten unannehmbar ist.

Dr. Stresemann (DVP.): Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug, den es je gegeben hat. Einzelne Bestimmungen sind geradezu ungeheuerlich. Wird das alles Gesetz, dann ist die Fortführung der deutschen Sozialpolitik nicht mehr möglich. Die Auslieferung des Kaisers ist juristisch und tatsächlich unmöglich. Sie würde das deutsche Volk ehrlos machen. Alles, was in dem Vertrag auf Demütigung hinausläuft, ist französische Mache, was uns wirtschaftlich vernichtet, kommt auf Englands Konto. Das deutsche Volk würde am 9. November nicht mitgemacht haben, hätte es einen solchen Frieden für möglich gehalten. Wir waren damals schon skeptisch und glaubten nicht an die Weltharmonie. Leider haben wir recht behalten. Wir setzen dem vorgelegten Vertrag ein entschiedenes Nein entgegen.

Haase (USP.): Die Friedensbedingungen stehen in schärfstem Widerspruch zu den Grundsätzen, die wir für den Frieden aufgestellt haben. Wir erheben daher schärfsten Protest. Wir verurteilen entschieden, wenn die Entente das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes schmählich verletzt. Die Losreißung des Saargebietes, eines Teiles von Ostpreußen, Danzigs ist unverträglich mit den Grundsätzen Wilsons. Wir verlangen, daß über alles der Wille der Bevölkerung entscheidet. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind so hart, daß die Befürchtung nicht abzuweisen ist, unser Volk könnte unter diesem Drucke zusammenbrechen. Zum Teil sind sie sicherlich unausführbar. Wir aber sind die einzige Partei, die das Recht hat, sich dagegen aufzulehnen, denn wir haben keinen Anteil an dem früher von anderen Parteien mit zynischer Offenheit vertretenen Eroberungszielen. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klasse büßen. Wenn betont wird, daß jetzt der Geist von 1914 wieder erwacht sei, so möge man sich darüber klar sein, daß die Arbeiter nicht noch einmal in den nationalistischen Taumel verfallen werden. Unsere Aufgabe kann nur sein, bei aller Entrüstung törichte Taten zu verhüten. Unser Volk braucht notwendig den Frieden. In verschiedenen Zeitungen ist uns für den Fall einer Regierungskrise zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt das ab. Wir erachten es als die Verpflichtung der Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß dieses Krieges herbeizuführen. Die Weltrevolution ist auf dem Marsche, möge sie auch langsamer weiterschreiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Sie wird die Menschheit befreien und auch den Friedensvertrag annullieren, der uns jetzt aufgezwungen werden soll.

Frau Weber (Z.) protestiert gegen die Losreißung von Eupen und Malmedy. Dadurch würde auch das Schicksal der Stadt Aachen entschieden sein, das dann von Deutschland abgeschnitten würde. Ich spreche im Namen des besetzten Gebietes, aber auch im Namen der Frauen, die heute in die Politik eingetreten sind, wenn ich rufe: Wir wollen einen dauernden Frieden, einen Frieden der Völkerverbrüderung. Aber diese Ideale sind uns durch den Friedensvertrag der Entente erdrückt. Wir wollen Europa vom Imperialismus und von der Gewaltpolitik, die sich im Vertragsentwurf von Versailles ausdrückt, befreien. Deutschland geht nicht unter.

Schäfer (SD.): Mit dem Saargebiet und Oberschlesien will man uns unsere wichtigsten Rohstoffquellen, vier Fünftel unserer ganzen Zinkindustrie nehmen. Hunderttausende von Arbeitern würden dadurch brotlos gemacht. Das Saargebiet und Oberschlesien sind deutsches Land und sollen bei Deutschland bleiben. In diesem Willen wollen wir stark und einig sein.

Graf Dohna (DVP.) legt entschieden Verwahrung ein gegen die Abtrennung von Westpreußen mit Danzig an die Polen.

Dr. Quidde (DDP.): Heute sollen wir uns die Geschlossenheit in der Abwehr der Ententebedingungen nicht durch eine Debatte über die Gegensätze in der inneren Politik beeinträchtigen lassen. Wir internationalen Pazifisten haben eher als irgendein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen einzutreten.

Damit schließt die Aussprache. Nach einer Schlußansprache des Präsidenten Fehrenbach, welche aus der erfolgten Aussprache den Schluß zieht, daß die heutige Kundgebung in der Nationalversammlung nicht ohne Eindruck bei den Gegnern bleiben würde, vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Schluß 8 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion hat mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, in der Nationalversammlung durch den Mund ihres Sprechers, des Genossen Hermann Müller, zu erklären, daß die Friedensbedingungen der Entente in der vorliegenden Form für uns unannehmbar sind. Wenn damit die Fraktion eine schärfere Haltung eingenommen hat, als es ursprünglich wohl die Meinung ihrer Mehrheit war, so ist dies wohl nur so zu erklären, daß sie inzwischen aus den weiteren Uebersetzungen des Friedensdiktates sich von dessen Unerfüllbarkeit immer mehr überzeugt haben muß. Die Folgen einer Verweigerung der Unterschrift können also nach Meinung der Fraktionsmehrheit nicht schlimmer sein, als die Durchführung der Bedingungen selbst.

Ueber die Besetzung von Leipzig

ist aus dem Wolffbericht zu entnehmen, daß auch die „Leipziger Volkszeitung" und das Volkshaus stark besetzt wurden. Die Leipziger Sicherheitswehr wurde unblutig und ohne Widerstand entwaffnet; sie wird zur genauen Feststellung der Personalien in den Kasernen festgehalten. Mehrere Führer der Unabhängigen und Spartakisten sind verhaftet worden. Der Vorsitzende des Leipziger Arbeiterrats Dr. Geyer soll sich in Berlin aufhalten. Der Arbeiterrat soll aufgelöst und Neuwahlen auf der Grundlage der Richtlinien, die vom Zentralrat der sozialistischen Republik in Berlin aufgestellt sind, ausgeschrieben werden. Wie das Korps Märker mitteilt, mußten Ansammlungen am Hauptbahnhof und am Volkshause durch Regierungstruppen zerstreut werden. Dabei gab es 3 verwundete Zivilisten. Gestern morgen ist das Gaswerk I und ein Teil des Gaswerks II in den Ausstand getreten. Inbetriebsetzung durch auswärtige Kräfte wird veranlaßt werden. Die Bevölkerung Leipzigs ist, soweit bekannt geworden ist, über die endliche Befreiung von dem Druck des Unabhängigen-Regiments sehr erfreut.

Italien.

Eine Friedensinterpellation. In der Kammer richtete der Sozialist Labriola an den Minister des Aeußern die Anfrage, ob es mit dem Gewissen Italiens zu vereinbaren sei, Deutschland, daß sich aus eigener Kraft vom Militarismus und vom Kaisertum befreite, im Interesse der französischen, englischen und amerikanischen Plutokratie zu versklaven?

Holland.

Troelstra über den Friedensvertrag. Troelstra hat in einer Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Nymwegen eine Rede gehalten, in der er mit Bezug auf die Friedensbedingungen sagte, die Vertreter des deutschen Volkes hätten vollkommen recht, wenn sie zu den ihnen in Paris übergebenen Bedingungen sagten, daß dieser Friede der Tod des deutschen Volkes bedeute. Troelstra erklärte, dieser Friede dürfe nicht zugelassen werden, er bedeute eine Katastrophe nicht allein für Deutschland, sondern für die gesamte Menschheit und sei die Vernichtung jeder Hoffnung auf allgemeine Abrüstung und die Vorbereitung für eine Zeit, in der alle Völker gezwungen werden, jedes Jahr furchtbare Lasten des Militarismus zu tragen. Der Völkerbund sei in der Form, in der er jetzt der Welt aufgezwungen werde, ein Hohn; er sei ein Bund der siegreichen Nationen, um den besiegten Nationen das Blut unter den Nägeln abzuzapfen und zu langer Unterjochung unter die Sieger zu zwingen. Derjenige, der wirklich den Frieden wünsche, könne diesen Völkerbund nicht annehmen.

Frankreich.

Eine Aktion der französischen Genossen. „Humanité" meldet: Der Ständige Geschäftsführende Ausschuß der Sozialistischen Partei hat beschlossen, die Prüfung der Friedenspräliminarien einem Ausschusse zu übertragen, der aus Albert Thomas, Frossard, Grenier, Longuet, Paul Louis, Lorlot, Mistral, Poisson, Rappoport, Renaudel, Sembat und Severac besteht und die sozialistische Gruppe des Parlaments um Entsendung von gleichfalls 12 Genossen in diesen Ausschuß zu ersuchen, welcher die Einzelheiten des Vertrages prüfen und Bedingungen eines schneller und zweckmäßigen Handelns der Partei prüfen und festlegen soll. Die „Humanité" berichtet von einem starken Besuch der Versammlung der sozialistischen Verbände des Seine-Departements. Das Proletariat zeigte durch starken und stürmischen Beifall für die Redner, daß es von einem Gewaltfrieden nichts wissen wolle. Zuerst warf Verfeuil der sozialistischen Partei ihre Haltung im Kriege auf die österreichischen Friedensvorschläge, auf die man nicht eingehen wollte, vor, weil die Führer Frankreichs erklärten, das wäre ein hinkender Friede. Nach dem Siege zeigte sich, das man Eroberungen wolle; der Versailler Friede mit seinen Annexionen, seiner wirtschaftlichen Knechtung und seinen furchtbaren Entschädigungen und das Zerrbild des Völkerbundes seien schlimmer als der Friede von Brest-Litows. Den Versailler Frieden darf man nicht unterzeichnen! Frossard wünschte die Einberufung des Nationalkongresses, um die ernste

Zur Sozialisierung reif.

Von E. Friedebach, Mannheim.

Mögen die Meinungen hinsichtlich der Sozialisierung von Unternehmungen und Betrieben auch noch so weit auseinandergehen; in einer Hinsicht gibt es keine Meinungsverschiedenheiten: Die Sozialisierung eines Betriebes muß im Allgemeininteresse liegen, sonst hat sie keinen Zweck. Die Allgemeinheit muß aus der Sozialisierung Nutzen ziehen, entweder ideellen oder materiellen. Der ideelle Nutzen liegt im Interesse der Volkskultur; der materielle im Interesse der Volkswirtschaft und beide liegen im Interesse des Volkswohles. Trifft aber keine dieser beiden Voraussetzungen zu, so wäre eine Sozialisierung nur eine Verschwendung von Wirtschaftsmitteln oder Volkskräften und daher sinnlos, unnütz und verschwenderisch.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es eine große Anzahl von Betrieben und Einrichtungen gibt, deren Ueberleitung aus dem Privatkapital in die Allgemeinwirtschaft schon längst hätte geschehen müssen und zwar schon viele Jahre vor der Revolution. Man denke nur an die vielen privatkapitalistischen Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke, die zu nicht geringem Teil sogar in Händen von ausländischen Geldleuten waren, an Apotheken, Kleinbahnen, an Versicherungen aller Art, Tabak, und Petroleumindustrie, Bergbau aller Arten. Ja sogar die Rechtsvertretung, das Aerzte- und Zahnärztewesen, Theater, Varietes, Kinos usw. könnten gut vergesellschaftlich werden. Ich will mich heute besonders mit den drei letzteren etwas eingehender befassen, weil hier beide Werte, ideelle und wirtschaftliche, der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden müßten.

Das kulturell geleitete Theater liegt unbedingt im Interesse der Volksbildung. Sehen wir uns das Kulturtheater etwas näher an. Die bauliche Anlage der meisten heutigen Theater verrät auf den ersten Blick, daß sie aus der Zeit des Mäzenatentums stammen. Mögen es nun fürstliche oder kommerzielle Mäzene gewesen sein. Der Zuschauerraum ist räumlich derartig beschränkt, daß er das Theater der breiten Masse nicht erschließt. Für sie sollte das Theater ja auch ursprünglich nicht gebaut werden, sondern nur für eine auserwählte Schicht der oberen Zehntausend oder für den Hofstaat des fürstlichen Mäzen. „Für die Gebildeten", so hieß es früher, ist das Theater. Der Pöbel mag sich anderweitig belustigen. Das Theater wurde nicht als Bildungsstätte, sondern auch von den „Gebildeten" als Belustigungsstätte betrachtet und benutzt. Erst als die sozialdemokratischen Bildungsausschüsse einsetzten, kam in diese Gesinnung etwas Wandel. Verschiedene deutsche Städte nahmen ihr Theater in Eigenbetrieb und auf Betreiben der Sozialdemokraten in den Stadtparlamenten wurden für die Arbeiter wenigstens ab und zu Volksvorstellungen gegeben. Die in städtischen Betrieb übernommenen Theater konnten sich aber durch ihre Einnahmen in den seltensten Fällen selbst erhalten und erforderten geldliche Zuschüsse seitens der betreffenden Stadt. Denn sobald ein Theater zum Kulturinstitut und aus den Händen des Unternehmers genommen wurde, mußte es auch seine Kulturmission wenigstens einigermaßen erfüllen und auf die sogenannten kulturwidrigen Schlager und Kassenmagnete verzichten und in künstlerischer Hinsicht besseres Personal einstellen, das naturgemäß teurer war. Die erforderlichen städtischen Zuschüsse mußten durch die Steuerzahler, also wieder durch die breite Volksmasse aufgebracht werden, ohne daß diese Masse etwas von seinen Aufwendungen hatte, denn infolge des beschränkten Zuschauerraumes waren hohe Eintrittspreise notwendig, wenn der erforderliche städtische Zuschuß nicht ins Unermeßliche steigen sollte. Dem Arbeiter war es mithin fast unmöglich gemacht, sein Theater, zu dem er seinen Steuerzuschuß leisten mußte, besuchen zu können. Unter diesen Umständen konnten die Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten nie leichten Herzens den Theateretat bewilligen, obwohl sie sich niemals darüber im Zweifel waren, daß sie ihm aus kulturellen Gründen zustimmen müßten. Daß unter diesen ewigen Geldkalamitäten auch die Angestellten dieser Theater nach und nach wieder ungünstiger gestellt wurden als die der kapitalistischen Unternehmungen, ist nicht wunder zu nehmen. Und so ist es auch begreiflich, daß mit der Zeit die minderbesoldeten Bühnenangestellten am Kulturtheater das Interesse verloren und sich wieder dem Geschäftstheater zuwandten.

Unsere Genossen in den Stadtparlamenten machten wiederholt auf die Platzbeschränkung der Theater aufmerksam. Noch in Friedenszeiten schlugen sie vor, wirkliche Volkshäuser (Volkstheater) zu bauen. Doch sie drangen bei den bürgerlichen Parteien nie durch damit, weil diese eben für den Arbeiter recht wenig übrig hatten. Außerdem waren die bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht stets kurzsichtig und engherzig. Und so kämpfen heute noch, oder vielmehr gerade heute, wo die fürstlichen Theater ihre Mäzene verloren haben, Kulturbühnen ersten Ranges um ihren Fortbestand. Niemand weiß, wer sie übernehmen und finanzieren soll. Das Naheliegendste wäre, daß sie von den betreffenden Städten übernommen werden, denn diese haben ein unmittelbares Interesse an ihrem Fortbestehen. Diese, wie auch alle übrigen Kulturtheater müßten für die Städte sozialisiert werden und zwar aus ideellen, aus Kulturgründen. Aber auch der Staat hat ein gewisses Interesse an den Kulturtheatern. Man versetze sich doch nur wieder in die erste Kriegszeit. Wie nützte der Staat damals die Theater aus, um für seine Kriegsideen Stimmung zu machen. Aber auch Trost und Erbauung und Ablenkung wurden vielen durchs Theater gespendet.

Der heutige freie Staat kann die Theater mit vollem Recht als Erziehungsinstitut für den freien deutschen Bürger in Anspruch nehmen. Denn nirgends ist der Mensch Stimmungen mehr zugänglich als im Theater. Freiheit, Lauterkeit und Menschenliebe lassen sich ebensogut durchs Theater anerziehen, wie früher der Hurrapatriotismus. Die Sozialisierung der Kulturbühnen ist daher aus ideellen Gründen notwendig.

Neben den Kulturbühnen schossen in allen Städten die Unterhaltungstheater wie Pilze aus der Erde. Besonders die Operettentheater und die Kinos. Durch Schlager zweifelhaftester Güte holten skrupellose und findige Unternehmer Hunderttausende und sogar Millionen in einer einzigen Stadt jährlich aus den Taschen der breiten Massen, um diese Werte, wenn sie deren genug besaßen, für sich in Sicherheit zu bringen. Der Allgemeinheit wurden diese Summen entzogen. Und doch könnten solche Riesensummen besser und nutzbringender angelegt werden, wenn sie dieser breiten Masse wieder zugeführt würden. Und das ist möglich durch die Sozialisierung dieser „leichten" Kunsttempel. Es würde dadurch zweierlei erreicht werden: ideelle und wirtschaftliche Werte. Erstens könnte man durch Verwendung der Riesenüberschüsse aus Operetten- und Lichtspieltheatern die Zuschüsse für die Kulturbühnen aufbringen und zweitens wäre es möglich, durch langsames Abbauen des in solchen, der leichten Muse gewidmeten Häusern dem Publikum täglich vorgesetzten literarischen Schundes, der Herzen und Seelen vergiftet, das große Publikum zur wahren Kunst und zu gutem Geschmack heranzubilden. Ein plötzlicher Wandel dürfte freilich nicht erfolgen, da sonst ein Fiasko unausbleiblich wäre. Die Uebernahme wäre hinsichtlich der Weiterführung der Betriebe keine allzuschwere, denn Operettenbühnen und Kinos befinden sich meist in Händen von Kapitalisten oder Aktiengesellschaften, die ihre Betriebe durch Geschäftsführer leiten lassen. Diesen Geschäftsführern wird es sicher sympathischer sein, wenn sie von einer Stadt angestellt sind, als von einem Unternehmer. An sachkundigen Leitern fehlt es also nicht. Verbureaukratisiert dürften diese Betriebe aber nicht werden.

Mit etwas gutem Willen und Initiativgeist ist eine Sozialisierung auf diesem Gebiete unschwer durchzuführen. Die Allgemeinheit hat ein Recht, das zu verlangen.

Lage zu prüfen und der Parlamentsgruppe sowie der Parteileitung neue Richtlinien zu geben. Er sagte: Wir haben vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen. 1871 trat dieselbe Frage an die Sozialdemokraten Deutschlands heran. Damals widersprachen Bebel und Liebknecht der Erdrückung der Besiegten durch den Sieger. Der Versailler Friede ist ein Kompromiß zwischen Wilsons Ideologie und dem französischen, englischen und italienischen Imperialismus. Der Völkerbund ist die schlimmste Prellerei. Sodann erhob Cachin Einspruch gegen die Art, wie das Saarbecken und das linke Rheinufer verwaltet werden sollen. England stecke beinahe alle deutschen Kolonien ein und ersticke die Stimme Aegyptens und die Unabhängigkeitsbewegungen in seinen Kolonien. Der angebliche Rechtsfriede werde ein Gewaltfriede. Cachin streifte dann die inneren Kämpfe zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den Unabhängigen in Deutschland und meinte, die Tage der Scheidemannschen Regierung seien gezählt und Haase und die Unabhängigen würden zur Macht gelangen. Dies sei eine Vorbedingung für die Revidierung des Versailler Friedens.

Als letzter Redner erklärte Loriot, dieser Friedensvertrag sei nur ein Kriegsvertrag. Die Bourgeois müßten gestürzt werden, damit die Sozialisten einen revolutionären Frieden schließen könnten. Endlich wurde einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der die Sozialisten feststellen, daß die Regierungen in jedem Satze des Versailler Vertrages das Recht verletzten. Alle Vereinigungen des Proletariates sollten eine kräftige Aktion gegen den jetzt entlarvten Imperialismus der Entente anbahnen. Unter dem Gesange der Internationale löste sich die Versammlung auf.

Kleine politischen Nachrichten.

Helsingfors ist von Engländern und Franzosen besetzt worden.

In Pasing bei München wurden verhaftete Spartakisten erschossen. Die Mehrheitssozialisten Münchens verlangen Entfernung der Maschinengewehrposten aus den Betrieben.

Nach dem Stockholmer „Politiken" ist der frühere Hetman der Ukraine, Skoropadski, auf einem falschen Paß aus Berlin nach Stockholm gelangt. Er begab sich nach Helsingfors, um sich dort der Entente zur Verfügung zu stellen. Unter dem Zaren war Skoropadski Regimentskamerad des finnischen Reichsverwesers Mannerheim.

Die von den deutschen Friedensdelegierten geforderte Internationale Arbeiterkonferenz soll nach Meldungen aus Ententekreisen im Oktober nach Friedensschluß in Washington zusammentreten. Die nordischen Staaten haben bereits beschlossen, je sieben Vertreter zu entsenden.

Die amtliche Volksabstimmung im Vorarlberg über den Anschluß an die Schweiz ergab rund 81 % Stimmen zugunsten der Schweiz.

Der Kommunist Klingelhöfer, von dem vor einiger Zeit gemeldet worden war, daß er erschossen worden sei, lebt und ist verhaftet nach Bamberg transportiert worden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 13. Mai.

Die Bürgerschaft erhob in ihrer gestrigen Versammlung scharfen Protest gegen den geplanten Gewaltfrieden. Sowohl der Wortführer Gen. Ehlers wie der ständige Senatskommissar Kulenkamp betonten unter wiederholter Zustimmung und dem Beifall der ganzen Bürgerschaft, daß die den Deutschen angedrohten Friedensbedingungen dem Volke die Möglichkeit zum Leben und Wiederaufbau nehmen würden und deshalb nicht angenommen werden könnten. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Gen. Bromme. Er wies darauf hin, daß wir einen Frieden, der das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich unterdrückt, nicht unterschreiben würden. Eine solche Demütigung dürfe man dem Volke nicht zumuten. Den Gewaltfrieden lehnte er entschieden ab. Aehnliche Erklärungen gaben auch die Demokraten und die Deutschnationalen ab.

Die Eingabe der Arbeitslosen wurde bis zur nächsten Sitzung verschoben, da Anträge zu dieser Eingabe in Aussicht standen. Beim Punkte Notstandsarbeiten der Straßenbahn stellte Gen. Meier einen Antrag, wonach die Straße vom Moislinger Baum bis zur Brücke erhöht werden soll. Dieser Antrag wurde dem Bürgerausschuß überwiesen. Ebenso auch der Antrag Heise, in den Forsten Holz zu schlagen und dieses auf das Lebensmittelbuch zu verteilen, um der Brennstoffnot entgegenzuwirken. — Bei der Vorlage, Versorgung des Landgebietes mit elektrischem Strom, wofür fast eine Million aufgewendet werden soll, wünscht Gen. H. Ehlers, daß die Arbeiten möglichst an hiesige Unternehmer vergeben werde, um so für Arbeitslose und für auswärtig Beschäftigte Arbeit zu schaffen. Desgleichen sei auch darauf zu achten, daß die Unternehmer tariflich vereinbarten Lohn zahlten. Beim Punkte Schaffung einer Kanzlistenstelle bei der Behörde für das Feuerlöschwesen kritisierte Gen. Timmermann ein geheimes Senatsdekret, wonach ehemalige Offiziere bei der Besetzung von freigewordenen Stellen besonders berücksichtigt werden sollen. Der Senat verwahrt sich dagegen, daß es ein Geheimerlaß sei. Bevorzugt werden sollten die Offiziere nicht, aber untergebracht müßten sie auch werden. Weiter wurde erwähnt, daß bei Behörden die Angestellten in letzter Zeit vielfach Ueberstunden gemacht hätten. Das müsse im Hinblick auf die vielen Erwerbslosen unterbleiben. Aenderung wurde zugesagt. Bei der Beratung über die Bezüge der Hilfslehrkräfte und Beseitigung von Härten in den Anstellungsverhältnissen früherer Kriegsteilnehmer unter den Lehrern trat Gen. Schermer warm für die Lehrer, besonders aber für die Seminaristen ein. In anderen Staaten, vor allem in Hamburg, hätte man für die jungen Leute weit mehr getan. Er stellte hierzu zwei Anträge, die dem Bürgerausschuß überwiesen wurden. Frau Landau (Dem.) wünschte die Gleichstellung der Lehrer und Lehrerinnen. Der Senat wollte dieses nicht recht anerkennen. Gen. Haut betont, daß für gleiche Leistungen gleicher Lohn zu zahlen sei, unbekümmert darum, ob es sich um einen Mann oder um eine Frau handle. Die übrigen Punkte wurden meist ohne Debatte angenommen.

Die Steuerfreiheit der Gewerkschaftsbeiträge.

Auf den Bescheid des preußischen Finanzministers vom 19. März, wonach zwar die Aufwendung des Arbeiters für Arbeitskleidung, aber nicht die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden dürfen, hat die Generalkommission mit einer erneuten Eingabe geantwortet. Unter dem 17. April hat sie dem Finanzminister das Ersuchen unterbreitet, eine Aenderung der bisherigen Verwaltungspraxis herbeizuführen, indem der Abzug der Gewerkschaftsbeiträge vom Arbeitseinkommen gestattet wird, und sofern das im Verwaltungswege nicht durchführbar ist, wird eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes in Vorschlag gebracht. Begründet wird dieses Verlangen unter anderem damit, daß nach der Revolution die Gewerkschaften allgemein als Vertreter der Arbeiter anerkannt sind, und daß sie nach dem der Nationalversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf ausdrücklich als die berufene Vertretung ihrer Mitglieder anerkannt werden. Die Reglung des Arbeitsrechts kann nicht mehr unter Ausschaltung der Berufsorganisationen erfolgen, weshalb der Arbeiter genötigt sein wird, seiner Gewerkschaft anzugehören. Er muß heute Mitgliede der Berufsorganisation sein und Beiträge an sie leisten, weil davon die Sicherung und Erhaltung des Ertrages seiner Arbeit abhängig ist. Deshalb sind die Gewerkschaftsbeiträge den Werbungskosten, von denen im § 8, Absatz 1, des Einkommensteuergesetzes die Rede ist, gleichzustellen.

Ferner wird in der Eingabe verlangt, daß die Teuerungszulagen der Arbeiter und Privatangestellten ebenso von der Steuerleistung befreit werden wie die der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten. Es wird darauf hingewiesen, daß die Teuerungszulagen der Arbeiter und Privatangestellten meistens einen völlig unzureichenden Ausgleich für die heutige verteuerte Lebenshaltung darstellen, so daß die Teuerungszulage keineswegs eine Erhöhung der Lebenshaltung des Arbeiters bedeutet. Es ist deshalb ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß die Teuerungszulagen der Arbeiter und Privatangestellten hinsichtlich der Steuerleistung nicht anders bewertet werden, als die der öffentlichen Beamten.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat in den letzten Wochen wesentliche Veränderungen nicht erfahren; es sind zwar infolge von Entlassungen zahlreiche neue Arbeitslose hinzugekommen. Der Arbeitsnachweis hat aber auch durchschnittlich 75 bis 100 Arbeitskräfte am Tage vermitteln können, sodaß sich am Ende der vergangenen Woche bei dem Oeffentlichen Arbeitsnachweis nur 1139 Arbeitsuchende meldeten. Von diesen entfielen auf die Metallindustrie 196 (die Zahl weist einen erfreulichen Rückgang auf), auf Bau- und Holzgewerbe je 11, auf jugendliche Arbeiter 86, kaufmännische Angestellte 171, Bureauangestellte 14. Die Zahl der stellenlosen Bäcker ist auf 19 zurückgegangen, die Zahl der stellenlosen Kellner und Schlachter hat sich leider in der bisherigen Höhe (77 bezw. 81) gehalten. Die Zahl der stellenlosen Handelsangestellten hat einen Rückgang erfahren. Nachdem neuerdings das Frauenreferat des Arbeitsamtes sich der Freimachung von Arbeitsstellen bei den Behörden angenommen hat, ist es möglich gewesen, eine erfreuliche Zahl von weiteren Arbeitsstellen für männliche Arbeitskräfte freizumachen. Die nach dieser Richtung hin eingeleiteten Bemühungen werden fortgesetzt werden. Bei der weiblichen Abteilung des Arbeitsnachweises meldeten sich 166 Frauen und Mädchen, darunter 30 weibliche Bureauangestellte. Auch hier ist es den unausgesetzten Bemühungen des Frauenreferates des Arbeitsamtes gelungen, die weiblichen Bureauangestellten, die früher in anderen Berufen tätig waren, und sich erst während des Krieges dem Bureaufach zugewandt haben, in ihrem früheren Beruf oder in sonst geeigneten Stellen unterzubringen. Zurzeit besteht infolge des Kohlenmangels leider die Gefahr einer vorübergehenden erheblichen Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Sobald indessen die Folgen des Streiks im Ruhrkohlengebiet überwunden sein werden, dürfte auf eine weitere nachhaltige Besserung der Lage des Arbeitsmarktes zu rechnen sein.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat April auf 922 (1187), die der Besucher auf 972 (1255). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 16 Personen. Mithin sind im April 906 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 943 (1204), darunter nach auswärts schriftlich 89 (118). Von den Besuchern waren organisiert 469 (621) Personen, und zwar gewerkschaftlich 155, politisch 7, gewerkschaftlich und politisch 307. Unter den verbleibenden 503 Nichtorganisierten befinden sich 332 Angehörige von Organisierten und 2 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 537 (693) männlich, 433 (559) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besuche wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 916 (1197); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 54 (55); Organisationen 2 (3). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 813 (1052) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 81 (75), Oldenburg 26 (48), Mecklenburg 30 (37), Preußen 13 (33), und sonstwo 9 (10). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 122 (167), Privatangestelltenversicherung 2 (3), Arbeits- und Dienstvertrag 160 (191), bürgerliches Recht 331 (470), Strafrecht 60 (60), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 246 (285), Arbeiterbewegung 1 (2), Privatversicherung 9 (6), Handels- und Gewerbesachen 4 (11), Verschiedenes 8 (9). Von den Auskünften machten 273 (407) die Anfertigung von 363 (529) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 11 (19) sonstige Briefe und Postkarten. Eingegangen 276 (342) Postsendungen. Der 22. April zeigte mit 58 (69) die höchste, der 19. April mit 28 (29) die niedrigste Besucherzahl.

Gegen die Annahme der Friedensbedingungen wendet sich die Kaufmannschaft und Handelskammer Lübecks an die Reichsregierung mit folgender Eingabe: Unser irregeleitetes Volk, welches in grenzenlosem Vertrauen auf einen Frieden der Gerechtigkeit und Völkerversöhnung die Waffen vorzeitig aus der Hand gelegt, sieht sich durch die Friedensbedingungen von Versailles aufs schwerste getäuscht und betrogen. Statt des ihm feierlich verheißenen Versöhnungsfriedens droht ihm jetzt ein Friede des Hasses, statt friedlichen gemeinsamen Aufbaues in freier Völkergemeinschaft Verstümmelung seines Staatskörpers, Siechtum seiner Volkskraft, wirtschaftliche Knechtschaft und Schmach. Gegen die Annahme eines solchen Friedens wie überhaupt jedes Friedens, der die berechtigten Erwartungen Deutschlands auf eine freie Zukunft der Willkür und Rache seiner Feinde opfert, legen Lübecks Kaufmannschaft und Handelskammer entschiedenste und schärfste Verwahrung ein.

Butter gegen Zucker. Aus einem mecklenburgischen Dorfe geht einem hiesigen Einwohner folgender Brief zu: **„Teile Ihnen mit das die Butter jetzt 22 M bei uns geben sie schon 25 M sie müßen mir immer 2 Pfund Zucker mit bringen für das Pund 2,50 M denn kriegen sie die Butter noch für 20 M sonst nicht."** Man sieht also einmal wieder, daß auf dem Lande noch Lebensmittel zu haben sind, allerdings nur gegen hohe Wucherpreise und in diesem Falle auch möglichst nur gegen Zucker. Das zahlungsfähige Bürgertum und die Hamsterer werden sich an solche Wucherpreise wenig stoßen. Die Minderbemittelten aber müssen mit hungrigem Magen sehen, daß auf dem Lande die Lebensmittel nicht abgeliefert, sondern, um Wucherpreise zu erhalten, zurückbehalten werden. Es ist höchste Zeit, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen seitens der Verbraucher unverzüglich in Kraft treten, damit die auf dem Lande vorhandenen Lebensmittel der Stadtbevölkerung zur Verteilung zugeführt werden.

Einfuhr von Südfrüchten. Nachdem für Südfrüchte die Zentralisation der Einfuhr aufgehoben ist, hat das Reichsfinanzministerium auf Antrag der Reichsstelle für Gemüse und Obst bestimmt, daß die bisher maßgebende Anordnung, alle Südfrüchte ohne Unterschied, mit welchem Beförderungsmittel und in welcher Verpackung sie auch eingehen mögen, dem Empfänger nicht auszuhändigen, sondern zur Verfügung der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin zu halten, wieder rückgängig gemacht ist. Näheres ist auf der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, zu erfahren.

Kabeltelegramme nach neutralen Ländern über Lebensmittellieferungen. Nach einer der Handelskammer zugegangenen Mitteilung des Reichsernährungsministeriums hat die Entente nunmehr gestattet, daß Kabeltelegramme, soweit sie sich auf Lebensmittellieferungen beziehen, nach neutralen Ländern abgesandt werden können, jedoch unter gewissen Bedingungen, die auf der Kanzlei der Handelskammer, Breite Straße 6, einzusehen sind.

Fußball-Wettspiel. Am letzten Sonntage standen sich auf dem Kasernenhofe die beiden ersten Mannschaften der Lübecker Turnerschaft und des Lübecker Arbeiter-Turnvereins im Wettkampf gegenüber. Es hatte sich eine große Zuschauermenge eingefunden, die das Spiel mit regem Interesse verfolgten. Gleich zu Anfang übernahm die Turnerschaft die Führung; sie konnte schon in den ersten 20 Minuten zweimal erfolgreich einsenden. Jetzt hatten sich auch die Arbeiterturner zusammengefunden und schon in der 30. Minute konnte der Rechtsaußenstürmer der Arbeiterturner das erste Tor erzielen, wo bis Halbzeit noch zwei weitere Tore folgten. Mit 3—2 für die Arbeiterturner ging es in die Pause. Nach Wiederbeginn versuchte die Turnerschaft die Führung an sich zu reißen, aber schon folgte das 4. Tor. Jetzt flaute die Verteidigung der Arbeiterturner etwas ab, in der Annahme, den Sieg in der Tasche zu haben. Die Turnerschaft konnte noch 3mal erfolgreich sein. Das Spiel hätte unentschieden sein müssen, da der Schiedsrichter 4 Minuten über die Spieldauer spielen ließ. In dieser Zeit errang die Turnerschaft das siegbringende Tor. Das Spiel wurde scharf, aber fair durchgeführt. Der Torwächter sowie der rechte Verteidiger und linke Läufer der Arbeiterturner zeigten sehr gute Leistungen. Die Mannschaft der Turnerschaft war bis auf den Torwächter sehr gut eingespielt. Letzterer arbeitete mit viel Glück. Am Sonntag, dem 18. Mai, findet das Retourspiel gegen Kiel mit zwei Mannschaften statt.

Stadttheater Lübeck. Infolge Erkrankung von Frau Hilde Eberbach wird Frau Schumann vom Stadttheater Hamburg die Partie der „Eva" in Meistersinger singen. In der morgigen Aufführung von „Traviata" wird Herr Liszewski vom Staatstheater in Hannover, welcher auf 2 Jahre an das Stadttheater Lübeck verpflichtet ist, die Partie des „Vater Germont" singen. Frau Kent-Rothau singt die „Violetta" und Herr Adolf Trimborn den „Alfred".

Zirkus Althoff. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, kommt der große Zirkus Althoff nach einem vierwöchigem Gastspiel in Kiel für kurze Zeit nach Lübeck. Auf dem kleinen Exerzierplatze, Fackenburger Allee, findet am Sonnabend, 17. Mai, abends 7½ Uhr, die Gala-Eröffnungs-Vorstellung statt. Althoff ist von seinen früheren Gastspielen hier noch in bester Erinnerung. Den Vorverkauf der Eintrittskarten hat das Zigarrenhaus Hinrich Buse, Breitestraße 55, übernommen.

Stockelsdorf. Die neue Gemeindevertretung, bestehend aus 7 Sozialdemokraten und 5 Bürgerlichen, trat am letzten Sonnabend im Rathause zum erstenmal zu einer Sitzung zusammen. Unter den neu einziehenden Vertretern befindet sich die Genossin Frau Evers. Nach Gesetz und Gebrauch wurden die neuen Mitglieder durch Handschlag vom Gemeindevorsteher verpflichtet. Hierauf wurde die Wahl der verschiedenen Kommissionen vorgenommen. Gewählt wurden in den Schulvorstand: die Genossen: H. Giese, H. Martens, H. Ritz und Ferd. Gloe, die Bürgerlichen: Spethmann und Draguhn. In die Armenkommission von der Gemeindevertretung die Genossen: H. Martens, Joh. Stuhr, H. Fick und Frau Evers. die Bürgerlichen: Draguhn und Scheel-Gr. Steinrade. Außerdem von den Gemeindebürgern: H. Westpheling, E. Schmidt, Frau Roggenkamp, W. Lütgens-Gr. Steinrade, R. Heitmann-Eckhorst, W. Jäger-Fackenburg, W. Prüß-Eckhorst und Th. Höppner-Mori. Als Jahresrevisoren: Gärtner Bley, Lehrer Westphal und Gloe. Im Gemeindevorstand fungieren als erster H. Fick und zweiter Beigeordneter Joh. Stuhr. Bisher war als 1. Beigeordneter ein bürgerlicher Vertreter. Nach einer Verfügung der Regierung ist die Ausfuhr von Frühkartoffeln und Gemüse nur dann erst gestattet, wenn der Bedarf in der Gemeinde gedeckt ist. Eine Kommission von 2 Konsumenten- und 2 Produzentenvertretern soll die Vorarbeiten treffen. Der bürgerliche Vertreter Lehrer Westphal glaubte wohl etwas besonders Geistreiches zu tun, als er die Anfrage stellte, nach welchem Gesetz und welcher Machtvollkommenheit man unsern Genossen Westphäling dem Gemeindevorsteher beigegeben hätte. Man kann es verstehen, wenn gewissen Leuten der Arbeiterrat ein Dorn im Auge ist; dem Herrn schien aber noch garnicht recht klar geworden zu sein, das wir mitten in der Revolution leben und daß Genosse Westphäling dort seinen Platz erhalten hatte, um die Verteilung der Lebensmittel zu überwachen, denn unsere Leute verfügen nicht über solche großen Geldbeutel, mittelst welchem sie sich Lebensmittel auf Schleichwegen ins Haus bringen lassen könnten. Das Grundgehalt des Rechnungsführers beträgt nur 2500 Mk., deshalb wurde beantragt, es zu erhöhen. Die nächste Sitzung muß sich damit beschäftigen.

Hamburg. Die Genossenschaft „Produktion" hatte sich schon lange zum Ziel gesetzt, ein Kindererholungsheim zu gründen. Es fehlte aber immer an den nötigen Mitteln dazu. Die Schlachtungen für die Heeresverwaltung erbrachten einen größeren Reingewinn und so konnte für diesen schönen Zweck 1 Million Mark bereitgestellt werden. Der Kriegsgewinn wurde zu menschenfreundlichen Zwecken verwendet. In Haffkrug an der Lübecker Bucht entstand ein Kindererholungsheim, wie es schöner kaum gedacht werden kann. Das Hauptgebäude hat eine Frontlänge von fast 39 Metern. Vor dem Gebäude ist ein Schmuckgarten angelegt. Die Veranden erstrecken sich fast um das ganze Gebäude herum. In dem Gebäude ist außer Speise-, Spiel-, Schlafsaal und sonstigen Räumlichkeiten auch eine Bibliothek errichtet, die schon reichlich mit Lese- und Unterhaltungsstoff für Kinder versorgt ist. Ueberall im Hause ist elektrisches Licht, und Warmwasserheizung sorgt für die nötige Wärme. Die Gesamtfläche des Kinderheimes umfaßt 37 985 Quadratmeter. Am Donnerstag ziehen die ersten 100 Kinder ein. Nach vier Wochen werden sie durch andere 100 Kinder abgelöst, sodaß im Jahre 1000 Kinder Aufnahme finden werden. Es ist ein Werk geschaffen, das für alle Ewigkeit mit goldenen Lettern in das Buch der Menschenliebe eingetragen ist.

Apenrade. Die Nordschleswigfrage. In einer gewaltigen Kundgebung wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: 10 000 Schleswig-Holsteiner geloben, das Erbe der Väter festzuhalten, fordern von den maßgebenden Stellen den schmachvollen Frieden abzulehnen und in keinem Punkte von den bekannten schleswig-holsteinischen Forderungen abzuweichen. Wir Deutsche in dem Herzogtum sind überzeugt, daß ein Gewaltfrieden der Nordmark niemals Ruhe und Frieden bringen wird.

Lüneburg. Schweres Eisenbahnunglück. Die „Hamburger Nachrichten" schreiben: Gestern morgen stürzte der Frühzug von Soltau nach Lüneburg in der Nähe von Melbeck den Bahndamm hinunter. Zwei hinter der Lokomotive fahrende Kohlenwagen fielen auf die Personenwagen. Es gab neun Tote und elf Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte. Das Unglück entstand infolge der plötzlichen Hitze, wodurch die Schienen sich ausgedehnt hatten.

Neueste Nachrichten.

Zugeständnisse in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen erwartet.

Berlin, 13. Mai. Der „Deutschen Allgem. Zeitung" wird aus Versailles gemeldet: Aus der Pariser Presse geht hervor, daß Zugeständnisse nur in finanziellen und wirtschaftlichen Fragen erwartet werden könnten. Der Standpunkt des Verbandes in territorialen Fragen läßt, wie dies auch aus der Antwort Clemenceaus zu ersehen ist, wenig Hoffnung auf Veränderungen zu. Jedenfalls steht fest, daß Frankreich den größten Wert auf die Schaffung eines großen, unter anglo-französischem Schutze entwickelbaren Polenreiches legt, das als fester Teil zwischen Deutschland und Rußland die Annäherung beider Länder verhindern würde. Gewiß machen sich auch innerhalb des Verbandes Bedenken geltend, ob dadurch ein friedlicher Zustand im Osten geschaffen werden könne. Sie werden aber damit widerlegt, daß Deutschland unfähig sein werde, einen Krieg zu führen, weil ihm alle Minen des Saarbeckens und Oberschlesiens genommen und die Produktion des Eisens und Stahls unmöglich gemacht würde. Dagegen scheint eine Sorge, besonders in Frankreich, die Wirkung der Friedensbedingungen auf die Neutralen zu herrschen.

Beschleunigter Transport der Armee Haller.

Thorn, 13. Mai. Nach Warschauer Blättermeldungen wurden die Transporte der polnischen Armee Haller durch Deutschland eingestellt. Sie sollen mit größter Eile auf dem Seewege erfolgen. Dieser Beschluß soll auf das riesige Anwachsen der bolschewistischen Streitkräfte, die auf verschiedenen Fronten 9 Armeen mit 4 (?) Millionen Kämpfern und genügend Geschützen aufgestellt haben, zurückzuführen sein.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Waldschule Wesloe.

Kinder, die die Waldschule in diesem Jahr besuchen sollen, sind in Begleitung einer erwachsenen Person dem Waldschularzt, Herrn Dr. med. J. Meyer, zwecks Untersuchung vorzustellen (2071
am Dienstag, dem 13. Mai,
am Mittwoch, dem 14. Mai,
am Donnerstag, dem 15. Mai,
nachmittags von 5—6 Uhr
in der Zentrale vom Roten Kreuz, Schildstraße 10.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Vermählung sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank
Lübeck, den 10. Mai 1919.
Paul Hinzpeter und Frau
2077) Frieda geb. Heiden.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. (2073
Lübeck, den 12. Mai 1919.
F. Schiering und Frau.

Allen Verwandten und Bekannten für bewiesene Anteilnahme bei der Bestattung meiner lieben Frau und die reichen Kranzspenden der Zahlstelle Lübeck des Zentralverb. der Schuhmacher sowie Herrn Pastor Hensel sage meinen herzlichsten Dank. (2078
Hans Raabe
nebst Familie.

Eine Damen-Uhr billig zu verkaufen. (2058
Wakenitzmauer 102, I.

Billig zu verk. 4 Bettstellen, Kleiderschrank, Eckschrank, Waschtisch. (2072) Brockesstr. 15. II.

Kaninchen mit u. ohne Junge, ein 6 Tage vor dem Werfen steh. Riesenhäsin zu verkaufen.
2075) Böttcherstraße 6.

Hüte werden billig u. modern gearbeitet. (2059
Faasch, Stitenstraße 29.

Brauerei Zachenburg

Am Sonntag, dem 11., ist aus der Garderobe ein weißer **Strohhut** (Herrenhut) abhanden gekommen. Bitte um Zurückgabe. **F. Langer.**
Daselbst eine **Garderobenfrau** gesucht. (2057

Dr. Heddinga
2062) verreist.

Extra starke Hand-
Blockwagen
3—8 Zentner Tragkraft.
Karl Schulmerich
2068) Mühlenstr. 28.

Buchen-Abfallholz
haben abzugeben
F. E. Schacht & Co.
Fernsprecher 289. (2070

Billige Bücher!

Restauflagen ◆ Neuausgaben
Antiquarische Werke ◆ Gelegenheitskäufe

En Costume d'Eve künstl. Aktstudien nach Freilichtaufnahmen . . . . jede Mappe nur **1.25**

Moderne und antike Skulpturen sehr plastisch wirkend, gerahmt . . je 2.60 und **3.25**

Marlitts sämtliche Romane ungekürzte Ausgabe geschmackvoller Geschenkeinband, jeder Band nur **3.75**

Kulturhistorische Romane beliebter Autoren . . . . . jeder Band nur **3.75**

Bücher der Weisheit und Schönheit

Dante, von Rich. Zoozmann . . . . . .
Kants Ethik, Auswahl von Professor Dr. A. Messer . .
E. F. A. Hoffmanns Musikschriften, von Dr. E. Jahl . .
Schiller in seinen Briefen, von Professor Dr. Joost . .
} Elegant geb. jeder Band nur **2.35**

Flügel—Schmidt—Tanger, Wörterbuch der englischen und deutschen Sprache für Hand- und Schulgebrauch . 2 Bände nur **25.–**

Schwind-Mappe, Kunstwart-Verlag . . . . . nur **2.60**
Kürschners Universal-Konversations-Lexikon, bestes Nachschlagewerk . . nur **8.80**
Forel, Sexuelle Fragen kleine Ausgabe **5.–**
Unser Haus- und Küchengarten, prakt. Anleitung für Gartenbau **1.50**
Insel-Almanach auf das Jahr 1919 . . **1.25**
Kürschners Bücherschatz, beliebte Samml. neuerer Erzähler . . jeder Band **40 ₰**

Grosse Auswahl preiswerter Reiselektüre

Musikalien

für Gesang und Klavier, mehrstimmige Gesangstücke, Klavier 4 händig und zwei Klaviere 4- und 8 händig, Cello, Violine, Kammermusik usw. im Neuwerte bis ca. 10.— ℳ das Stück

20 Pfennig | **38** Pfennig | **48** Pfennig | **95** Pfennig

Rudolph Karstadt

2081

Maifestzeitung 1919.
30 Pfg.
Infolge Verkehrsstörung verspätet eingegangen.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr.

Schuh-Reparaturen

aller Art, Vorblätter, Umarbeiten von Militärstiefeln, werden in 1—2 Tagen fertiggestellt in den Schuhreparatur-Werkstätten
E. M. C. Beschenbossel
Glandorpstraße 1. (2067
Hüxstraße 50.
Prima Kernleder.

Ein beachtenswertes Angebot
unserer Putz-Abteilung

Aus unseren großen Vorräten
offerieren wir
hervorragend billig
3 Serien
Damenhut-Formen
schwarz und hellfarbig

Serie I	Serie II	Serie III
1.25	3.75	6.50

Hut-Blumen
durchweg Piquet
50
Pfennig.
Beachten Sie unsere Schaufenster. (2081

HOLSTENHAUS
G. m. b. H. LÜBECK

Hillgers Handbuch
der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919
enthält Lebenslauf und Bilder der Mitglieder d. Nationalversammlg.
2.50 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.
Johannisstraße 46.

Ia. Tafel-Aquavit
gibt ab an Selbstverbraucher
Franz Schwedt. Telephon 38.

Kartenbriefe
sind vorrätig.
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Kl. Exerzierplatz, Fackenburger Allee.

Circus Hermann Althoff
Eröffnungs-Vorstellung
Sonnabend 17. Mai
abends 7½ Uhr. (2063

Vorverkauf Zigarrenhaus **Buse, Breite Straße 55.**
Preise der Plätze:

Loge, num. ℳ 5.—	Sperrsitz, num. ℳ 4.—	
1. Platz ℳ 3.—	2. Platz ℳ 2.—	Galerie ℳ 1.—

Beste Bezugsquelle für

Blockwagen
in allen Größen, bis 8 Ztr. Tragkraft. (2065
C. Bliesath Ww., Sandstr. 9.

Eine ungebrauchte eichen lack. **Schlafstuben-Einrichtung** mit Marmor u. Matratzen billig zu verkaufen. (2066
Wahmstraße 68.

Ein neues Wintermärchen.
Heines Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte.
Vor der Revolution konfisziert gewesen!
Preis 25 Pfg.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Prima-Wechsel
in Block.
Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Brauerei Zachenburg
Der 2. Bunte Abend findet am Mittwoch, dem 21. Mai, statt.
Karten haben bis dahin Gültigkeit. (2056

Fürsorge für deutsche Kriegs- und Zivilgefangene.
Ortsgruppe Bad Schwartau. (2069
Am Mittwoch, den 14. Mai abends 7½ Uhr
in der
Waldhalle Bad Schwartau
Gr. Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.

HANSA THEATER
Mittwoch: Geschlossen.
Donnerstag, abends 7 Uhr:
Zugunsten der geschädigten Varietee-Künstler!
Schuldig.
Soziales Drama v. Rich. Voß.
Frau E. Stolterfoht a. G.
Thomas Behr: Direktor Alb. Hübener.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend: (2084
Beginn der Sommerspielzeit
„Die Schiffbrüchigen".

Stadttheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. 2074
Dienstag, den 13. Mai:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Hans Sachs: Jan Mergelkamp vom Stadttheater in Stettin.
Mittwoch, den 14. Mai:
Traviata.
Germont: Josef Liszewski vom Staatstheater in Hannover.
Donnerstag, den 15. Mai,
Die Meistersinger von Nürnberg.
Hans Sachs: Kammersänger Franz Kronen vom Staatstheater in Hannover.
Freitag, den 16. Mai:
Fidelio.

Beilage zu Nr. 110.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Dienstag, den 13. Mai 1919

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

Beginn 6.30 Uhr. b. Lübeck, 12. Mai. Wortführer G. Ehlers.

Vor Eintrit in die Tagesordnung hält der Wortführer folgende Ansprache:

Sehr geehrte Damen und Herren! Tiefe Trauer geht in diesen Tagen durch das deutsche Volk. Seit sechs Monaten erwarteten wir mit Ungeduld den langersehnten Frieden. Die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen haben wir ertragen in der Hoffnung, daß danach endlich ein Friede kommen würde, wie ihn die Wortführer der Entente stets im Munde führten, ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit. Aber wir sind bitter enttäuscht. Die uns jetzt angebotenen Bedingungen bedeuten den vollständigen Ruin Deutschlands. Von einer Verständigung, einem Völkerrecht ist hier keine Rede mehr. Es ist der schlimmste Machtfrieden, den man einem drangsalierten Volke aufzubürden wagt, das mit Sehnsucht den Zeitpunkt herbeiwünscht, an dem es wieder anfangne kann aufzubauen, um die ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllen zu können.

Ich glaube im Sinne aller Bürgerschaftsmitglieder, ja im Sinne der gesamten Bevölkerung Lübecks zu sprechen, wenn wir von dieser Stelle aus den schärfsten Protest gegen diese Friedensbedingungen erheben. Sollten alle diese Bestimmungen wirklich durchgeführt und die gewaltsame Zerstückelung unseres Vaterlandes zur Wahrheit werden, so würden wir in absehbarer Zeit nicht zur Ruhe kommen, eine neue Flut von Tränen und Blut wäre die Folge. Dies kann nicht der Wille aller ehrlich denkenden Menschen sein, und deshalb möge unser Ruf laut über die Grenzen unseres Vaterlandes tönen: „Unannehmbar!“ Wir wollen an das Gewissen der Völker der uns feindlich gesinnten Staaten appellieren, weil in diesen Bedingungen das heiligste Recht der Menschheit, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, mit Füßen getreten wird. Wir wollen hoffen, daß unser Protest, der auch von fast allen übrigen deutschen Bundesstaaten erhoben ist, dazu beitragen möge, daß durch ehrliche Verhandlung doch noch ein Friede zustande kommt, der der Würde und dem Ansehen eines 70-Millionen-Volkes entspricht und der den Wiederaufbau ermöglicht.

In dieser Zeit muß aber das deutsche Volk zusammenstehen und einmütig seine Entrüstung kund geben gegen jegliche Macht- und Rachegelüste der Entente. (Beifall.)

Senator Kulenkamp gibt namens des Senates folgende Erklärung ab:

Die Friedensbedingungen der Feinde liegen vor. Ihr Ziel ist Deutschlands Vernichtung. Ein Volk, daß diesen Frieden annehmen würde, verdiente das ihm bereitete Schicksal. Wir wissen der Reichsregierung Dank, daß sie ohne Zögern ihr „Unerträglich — unerfüllbar“ gesprochen hat. Ob es ihr gelingen wird, die Bedingungen auf ein erträgliches und erfüllbares Maß herabzumindern, ist noch nicht zu übersehen; das aber ist schon heute klar zu erkennen: auch bei einer starken Aenderung der Einzelheiten drohen Deutschland so furchtbare Opfer und Lasten, daß eine Wiederaufrichtung des Vaterlandes, insbesondere die Wiedererstarkung deutschen Handels und deutscher Seegeltung auf Geschlechter hinaus unmöglich erscheint.

Die freie und Hansestadt Lübeck wird nicht hinter den größeren Gliedstaaten zurückstehen wollen, die gegen die dem Wilson-Programm Hohn sprechenden Friedensbedingungen einmütig Verwahrung einlegen. In der Stunde tiefster Trauer ruft der Senat die Bürgerschaft auf zum gemeinsamen feierlichen Protest gegen die dem Reiche und allen seinen Gliedern drohende Vergewaltigung.

Bromme erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie ebenfalls schärfsten Protest gegen die unserem Volke angetane Demütigung seitens der übermütigen Entente einlege und das vom Wortführer Vorgetragene unterschreibe. Diese politische und wirtschaftliche Unterdrückung könne ein Kulturvolk wie das deutsche nicht ohne weiteres hinnehmen.

Dr. Görtz gab für die Demokraten die Erklärung ab, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe. Durch einen solchen Frieden würde nur Haß gesät. Er bringe eine Versklavung und Verarmung des Volkes, für die Tüchtigen sei dann überhaupt kein Aufstieg mehr möglich.

Dr. v. Brocken sprach für die Deutschnationalen. Der Friede werde hart für uns und unsere Nachkommen, er bringe eine Vernichtung unseres Volkes und die Zertrümmerung der Industrie und des Handels.

Der Wortführer stellte die einmütige Verurteilung dieses Friedensvertrages fest.

Eingegangen ist u. a. eine Eingabe der Arbeitslosen, die zur Kenntnis genommen wird. Da damit Anträge verknüpft werden, soll sie in der nächsten Sitzung zur Verhandlung kommen.

1. Antrag: **Notstandsarbeiten bei der Straßenbahn.**

Heise (Dem.) beantragt, daß in unseren Forsten soviel Holz gefällt wird, damit jedem Einwohner auf sein Lebensmittelbuch der notwendige Bedarf zugestellt werden kann. Durch das Holzfällen würden auch Arbeitslose beschäftigt.

Dies Ersuchen wird von der Bürgerschaft unterstützt.

Mit dem Senatsantrag verbunden wird der Antrag Meyer (Soz.), betreffend Straßenregulierung in Moisling. Der Antragsteller begründet ihn.

Haut (Soz.) wünscht Umsteigeberechtigung von der Stadt nach Israelsdorf und Schlutup.

Hagelstein (Soz.) fragt, wann die Straßenbahn nach Travemünde verlängert wird.

Der Senatsantrag wird angenommen; das Ersuchen Heises und der Antrag Meyer werden dem Bürgerausschuß überwiesen.

2. Antrag: **Versorgung des lübeckischen Landgebietes mit elektrischem Strom.**

Oberbaurat Hase macht hierzu erklärende Ausführungen, die sich auf das Verbreitungsgebiet, Anschlußmöglichkeit, Material usw. beziehen. Die Verteilung der Lasten gibt der lübeckischen Landwirtschaft einen Vorteil gegenüber den umliegenden Staaten. Für die Herstellung und Unterhaltung der Ortsnetze haben die Gemeinden zu sorgen. Der Lichtpreis wird sich auf 80 Pfg. stellen, der Preis für Kraft auf 35—40 Pfg. pro Kilowattstunde, während er in den Nachbarstaaten bedeutend höher ist. Die Herstellungskosten von 955 000 Mk. werden zinsenfrei geliehen. Es könne sich immer nur darum handeln, geschlossene Gebiete anzuschließen und nicht nur einzelne Abnehmer. Für beschleunigte Herstellung der Anlage werde Sorge getragen, das Lübecker Gewerbe dabei gebührend berücksichtigt.

Schiemann (Dem.) sieht in der Zinsenübernahme durch den Staat eine berechtigte Maßnahme und wünscht das ganze in Betracht kommende Gewerbe am Orte zur Mitarbeit herangezogen.

Meyer (Soz.) fragt, ob Moorgarten in den Anlagebereich gezogen wird.

Oberbaurat Hase verneint dies.

H. Ehlers (Soz.) wünscht bei allen Arbeiten, die von hiesigen Unternehmern ausgeführt werden können, diese herangezogen. Redner begrüßt es, daß die Arbeiten vom hiesigen Gewerbe und der Industrie ausgeführt werden. Dadurch werde der darniederliegenden elektrotechnischen Branche geholfen. Im Interesse der Industrie, der Arbeiter und der Steuerzahler müsse immer so verfahren werden.

An der weiteren Debatte beteiligen sich u. a. Niemann, Henl und Jacks von den Deutschnationalen, Rosenquist und Aug. Pape von den Demokraten.

Senator Dimpker erklärt auf eine Anfrage, daß die Uebertragung von Arbeiten selbstverständlich von der Leistungsfähigkeit des Einzelunternehmers abhänge.

H. Ehlers (Soz.) fordert strenge Einhaltung der tarifmäßigen Löhne, falls auswärtige Firmen herangezogen werden.

Der Senatsantrag wird angenommen. Ebenfalls ein Ersuchen Jacks betr. Gleichstellung der Stromabnehmer in lübschen Enklaven, die anderwärts Kraft beziehen.

3. Antrag: **Schaffung einer Kanzlistenstelle be iber Behörde für das Feuerlöschwesen.**

Timmermann (Soz.) zieht einen Geheimerlaß des Senats an, nach dem bei entsprechenden Beamtenstellen verabschiedete Offiziere berücksichtigt werden sollen und wünscht näheren Aufschluß. Des ferneren kritisiert Redner die vielen Ueberstunden bei der Steuerbehörde. Man sollte hier doch arbeitslose Hilfskräfte einstellen.

Senator Dr. Vermehren verwahrt sich dagegen, daß es sich um eine geheime Anweisung handle. Es sei notwendig, auch für die schwer betroffenen Offiziere Militäranwärterstellen freizuhalten. Die Anregung sei von der Beamtenkommission ausgegangen. Die Ueberstunden bei der Steuerbehörde seien vorhanden, Abhilfe werde gesucht, jeden Arbeitslosen könne man aber nicht für diese diffizile Arbeit verwenden.

Der Senatsantrag wird angenommen.

4. Antrag: **Neuregelung der Bezüge der Hilfslehrkräfte.**

Schermer (Soz.) bedauert, daß die Regelung dieser Frage so lange Zeit beansprucht habe und wünscht Zurückzahlung seit 1. Januar. Zu Bedenken Anlaß gebe der Punkt Festanstellung der Hilfslehrer. Redner fordert ausreichende Fürsorge für diesen Beruf, um die Arbeitsfreudigkeit zu heben, verwendet sich für die Handarbeitslehrerinnen und stellt folgende Anträge:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, alle angehende Beamte, die Kriegsteilnehmer gewesen sind und sich im Heeresdienste ein Leiden zugezogen haben, das sie von der festen Anstellung ausschließen würde, festanzustellen, sofern sie die Vorbedingungen der festen Anstellung im übrigen erfüllt haben.“

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die seit längerer Zeit im Staatsdienste beschäftigten Handarbeitslehrerinnen, die nur eine Prüfung abgelegt haben, festanzustellen und die Nachteile der verspäteten Anstellung durch Anrechnung einer Anzahl von Jahren auf das Pensionsdienstalter nach Möglichkeit auszugleichen.“

Frau Landau (Dem.) fordert für gleiche Arbeit auch gleiches Gehalt bei Mann wie Frau.

Senator Dr. Vermehren erklärt, dieser Grundsatz sei bisher nirgends durchgeführt worden. Man sei immer von der Ansicht ausgegangen, daß der Mann als Familienvater mehr Verpflichtungen habe und höheres Einkommen brauche.

Hensch n (Soz.) bemängelt das ärztliche Untersuchungsverfahren eines Lehrers.

Reimpell (Dem.) wünscht besondere Erwägung der gleichen Bezahlung. Die Beamtin könne sich billiger und mitunter vorteilhafter beköstigen als der Mann. Zu prüfen sei die Entschädigung nach der Familienstärke.

Reisberger (Soz.) wünscht möglichst baldige Auszahlung der für die Lehrer in Betracht kommenden Teuerungszulagen. Auch im Wohlfahrtsamt warteten die Angestellten heute noch auf die Auszahlung.

Vom Senatstisch wird erklärt, daß es sobald als möglich geschehen werde. Es seien für 800 Beamte Einzelberechnungen aufzustellen.

Frau Landau (Dem.) empfiehlt ein gemeinsames Grundgehalt und die Teuerungszulage nach der Kopfzahl. Auch Lehrerinnen hätten Angehörige zu unterstützen.

Haut (Soz.) fordert für gleiche Leistung gleiche Gehälter. Von heute auf morgen lasse sich das Prinzip allerdings nicht durchführen.

Der Senatsantrag wird angenommen. Die Anträge Schermer werden dem Bürgerausschuß überwiesen.

5. Antrag: **Beseitigung von Härten in den Anstellungsverhältnissen früherer Kriegsteilnehmer unter den Lehrern.**

Schermer (Soz.) bedauert, daß man hierbei die Seminaristen vergessen habe. Ihre wirtschaftliche Lage sei nicht beneidenswert, da sie trotz ihres vorgeschrittenen Alters noch kein Gehalt bezögen. In normalen Zeiten wären sie längst Lehrer. Man sollte ihnen daher wie anderwärts ein kleines Entgelt bieten. Redner stellt folgenden Antrag:

„Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Kriegsseminaristen von dem Zeitpunkt an, an dem sie normalerweise bereits im Schuldienste tätig sein würden, mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1919 monatliche Beihilfen von 75 Mk. zu gewähren.“

Ferner müsse man auch Sorge tragen für Unterbringung der dieses Jahr aus dem Seminar Tretenden. Anderwärts könnten sie nicht unterkommen, da der Zustrom von Lehrer aus Elsaß-Lothringen, Posen usw. im Reiche groß werde. Auch die neuerliche Anstellung von verheirateten Lehrerinnen wird vom Redner bedauert, obwohl man noch kein Unterkommen für die nun Lehrer Werdenden habe.

Vom Senatstisch können bindende Zusagen nicht gemacht werden.

Reimpell (Dem.) erklärt, die Jenischsche Stiftung stelle unverheiratete Lehrer an Mädchenschulen nicht an.

Timmermann (Soz.) beklagt sich über lässige Behandlung von Eingaben bei der Schulbehörde.

Der Senatsantrag wird angenommen. Das Ersuchen Schermers dem Bürgerausschuß überwiesen.

6. Antrag: **Verstärkung des Abschnittes XIX. des Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1919.**

7. Antrag: **Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 21. November 1918, betreffend die Errichtung eines Wohlfahrtsamtes und die Zusammensetzung des Stadt- und Landamtes.**

8. Antrag: **Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetz vom 21. November 1918, betreffend die Schaffung eines Arbeitsamtes.**

9. Antrag: **Erlaß eines fünften Nachtrages zum Eingemeindungsgesetz vom 13. November 1912.**

10. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Theaterbehörde.**

11. Antrag: **Erweiterung des Musikpavillons bei der Stadthalle.**

12. Antrag: **Verstärkung der Mittel für die Uniformbeschaffung der Lotsen.**

13. Antrag: **Verbreiterung der Brücke über die Steinau.**

14. Antrag: **Verstärkung der Mittel für Instandsetzungsarbeiten im Museumsgebäude am Dom.**

15. Antrag: **Herstellung eines Gleis-Anschlusses für die Firma Fr. Ewers u. Co.**

Werden debattelos angenommen.

16. Antrag: **Enteignung eines Grundstücks für die Gleisverbindung zwischen der Schlutuper Linie und dem Konstinbahnhof.**

Nach einer kurzen Debatte, in der Thieß und Aug. Pape die Schwierigkeiten bekämpfen, die von seiten eines Beteiligten bei der Wohnungsräumung gemacht werden, wird der Senatsantrag angenommen.

Schluß 9.10 Uhr.

Zum Friedensvertrag.

Das Weltarbeitsrecht.

Im dreizehnten Teil des Friedensvertragsentwurfes ist das Weltarbeitsrecht des Völkerbundes behandelt. Eine ständige Organisation zur Verwirklichung von besseren Lebensbedingungen der Arbeiterschaft wird begründet. Die Originärmitglieder der Gesellschaft der Nationen sind Mitglieder dieser Organisation, sie umfaßt: 1. die Generalkonferenz der Vertreter der Mitglieder, 2. das internationale Arbeitsbureau unter der Direktion des Verwaltungsrats. Die Generalkonferenz der Vertreter der Mitglieder hält jährlich mindestens eine Sitzung ab. Die Generalkonferenz besteht aus vier Vertretern jeden Mitglieds; je zwei davon sind Regierungsdelegierte, die beiden anderen vertreten: der eine die

Mein Reisegefährte.

Erzählung von Maxim Gorjkij.

9. Fortsetzung.

Halb krank in seinem Katzenjammer, mit verschwärmtem, aufgedunsenem Gesichte, ging Schackro einher, spuckte jeden Augenblick aus und seufzte schwer. Ich suchte ein Gespräch mit ihm anzuknüpfen, aber er antwortete mir nicht und nickte nur mit seinem struppigen Kopfe wie ein müdes Pferd.

Der Tag wurde heiß, die Luft war geschwängert von den schwülen Ausdünstungen des feuchten Bodens, der mit Gras bewachsen war, das dicht und hoch uns fast bis zu den Schultern reichte. Ueberall rings um uns stand es unbeweglich wie ein grünes, samtartiges Meer und atmete unter dem schülen Himmel dunstige Wohlgerüche aus, die den Kopf betäubten. . . .

Um den Weg etwas abzuschneiden, gingen wir einen schmalen Pfad, auf dem kleine rote Schlangen vorwärts und rückwärts krochen und zu unseren Füßen sich ringelten. Rechts von uns am Horizonte dehnte sich eine Wolkenkette aus, die silbern in der Sonne glänzte — das waren die Berge von Dagestan. Die Stille, die uns rings umgab, machte uns schläfrig und versetzte uns in einen träumerisch müden Zustand. Hinter uns am Himmel zogen langsam Scharen dicker, schwarzer Gewitterwolken. Sie flossen ineinander, sie überzogen den ganzen Himmel hinter uns, während er vor uns noch klar war, obwohl schon einzelne Wolkenfetzen heranflogen am Himmel und ausgelassen über unserem Haupte irgendwohin vorwärts trieben, uns überholten und immer dichter den Himmel überzogen. In weiter Ferne irgendwo rollte der Donner und sein grollender Schall kam immer näher. Dicke Regentropfen fingen an zu fallen und schlugen auf das Gras, das metallisch rauschte.

Nirgends bot sich uns ein Unterschlupf. Schon wurde es dunkel, und das Rauschen des Grases klang zwar lauter, aber doch wie etwas eingeschüchtert. Der Donner rollte — und die Wolken erzitterten, umrahmt von einem bläulichen Feuermeer. Dann wurde es wieder dunkel, und die silberne Kette der Berge verschwand in der Finsternis. Dicker Regen ergoß sich in Strömen und ein Donnerschlag nach dem andern rollte schrecklich und unaufhörlich über die öde Steppe. Das Gras, von Wind und Regen gepeitscht, lag am Boden und rauschte in schwachen Lauten. Und alles zitterte, bebte. Blitze, die Augen blendend, zerrissen die Wolken . . . In ihrem blauen Glanze zeigte sich in der Ferne die Gebirgskette, beleuchtet durch das azurne Feuer, in schneeigem Silberscheine, und wenn die Blitze erloschen, dann verschwand sie, als ob sie versunken in einem finstern Abgrund. Alles donnerte, warf schaudernd den Schall zurück und gebar ihn aufs neue. — Es war, als wenn der Himmel, trübe und zornig, im Feuer sich reinigen wolle von allem Staub und Schmutz, der zu ihm aufgestiegen war von der Erde, und die Erde, so schien es, bebte vor Angst vor seinem Zorne.

Schackro zitterte und knurrte wie ein Hund, der sich fürchtet. Mir aber war froh zu Mute und, erhoben über das Gefühl des Alltäglichen, beobachtete ich das großartige und düstere Bild dieses Gewitters in der Steppe. Das wunderbare Chaos war hinreißend schön, es stimmte die Seele zu heldenhaften Akkorden und weckte in ihr schreckliche und wilde Harmonien . . .

Und in mir stieg der Wunsch auf, meine Teilnahme an dem allen zu äußern, irgendwie auszudrücken das, wovon mein Herz voll war, mein Entzücken angesichts dieser geheimnisvollen Kraft, die am Himmel lohte, brannte, so schien es, auch in meiner Brust; und auf welche Weise konnte ich die erhabenen Wallungen meines Innern ausdrücken, meine Begeisterung, angesichts dieses grandiosen Schauspiels der Natur? . . . Ich fing an zu singen — laut, aus voller Kehle. Der Donner brüllte, die Blitze zuckten, das Gras rauschte, aber ich sang und fühlte mich in vollkommener Verwandtschaft mit all diesen Lauten. . . . Ich war von Sinnen; das war verzeihlich, denn es schadete niemandem außer mir. Mich erfüllte der Wunsch, möglichst viel zu erfassen und in mich aufzunehmen von der lebendigen und gewaltigen Schönheit und Stärke, die da toste in der Steppe! — Ich kenne kein großartigeres Schauspiel in der Natur.

Und so schrie ich vor mich hin, fest überzeugt, daß solches Benehmen niemand stören und niemand in die Notwendigkeit versetzen werde, strenge Kritik an meinem Tun zu üben. Aber plötzlich wurde ich mit einem starken Ruck an den Beinen gezogen und unwillkürlich saß ich buchstäblich in einer Pfütze . . . Schackro schaute mir ins Gesicht mit finstern und zornigen Augen.

„Bist du verrückt? Bist du nicht? Was? Nun, so schweig doch! Schrei doch nicht! Ich zerreiße dir die Gurgel! Verstehst du?“

Ich war ganz verwundert und fragte, womit ich ihn denn störe.

„Du ängstigst mich! Verstehst du? Der Donner donnert — Gott spricht und du brüllst . . . Was bildest du dir denn ein?“

Ich erklärte ihm, daß ich singen könnte, wenn ich Lust hätte, ebenso wie er selber.

„Aber ich will nicht!“ sagte er kategorisch.

„Dann sing nicht!“ stimmte ich ihm zu.

„Auch du sollst nicht singen!“ war Schackros strenge Zumutung.

„Nein, das werde ich lieber doch tun . . .“

„Höre! Was denkst du denn?“ begann zornig Schackro. „Was bist du denn für einer? Hast du ein Haus? Hast du eine Mutter? einen Vater? Hast du Verwandte? Hast du Land? Was bist du denn auf der Erde? Du — ein Mensch, denkst du? Ich bin ein Mensch! Ich habe das alles! . . .“ Er warf sich in die Brust. „Ich bin ein Fürst! . . . Und du . . . du — nichts! Gar nichts! Du sprichst — ich bin der und der! . . . Wer sagt das noch? Aber mich kennt Kutais, Tiflis!“ . . . Verstehst du? Du lehne dich nicht gegen mich auf! Dienst du mir? — Du wirst schon zufrieden sein! Ich werde dich zehnmal bezahlen! Du tust so an mir? Du kannst gar nicht anders tun; du selbst hast gesagt, daß Gott will, daß alle dienen ohne Belohnung! Ich werde dich belohnen! Was quälst du mich? belehrst mich? erschreckst mich? Du willst, daß ich sein soll wie du? Das ist nicht gut! Man darf nicht einen andern sich ähnlich machen! Ach, ach, ach! . . . Fu, fu!“

So sprach er schmatzend, schnaubend und seufzend . . . Ich schaute ihm ins Gesicht, den Mund weit aufsperrend vor Staunen. Augenscheinlich schüttete er all den Groll vor mir aus, alle Beleidigungen und all seine Unzufriedenheit, die er im Verlaufe unserer ganzen Reise in sich gegen mich angesammelt hatte. Zur besseren Bekräftigung stieß er mich mit dem Finger vor die Brust und schüttelte mich an den Schultern, und bei besonders kräftigen Stellen rückte er mir ganz dicht auf den Leib. Dabei goß der Regen auf uns herab, über uns rollte ununterbrochen der Donner, und Schackro, um sich mir verständlich zu machen, schrie aus vollem Halse.

Das Tragikomische meiner Lage kam mir deutlicher wie je zuvor zum Bewußtsein, ich mußte lachen, so laut ich nur konnte.

Schackro spuckte aus und kehrte mir den Rücken zu.

(Schluß folgt.)

Arbeitgeber, der andere die Arbeiter eines jeden Mitgliedes. Das internationale Arbeitsbureau wird am Sitze der Gesellschaft der Nationen errichtet und bildet einen Bestandteil der Gesamtheit der Institutionen der Gesellschaft.

Das internationale Arbeitsbureau steht unter der Leitung eines Verwaltungsrates von 24 Personen, die folgendermaßen designiert sind: Zwölf Personen vertreten die Regierungen, sechs Personen werden von den Delegierten gewählt, welche die Arbeitgeber auf der Konferenz vertreten und sechs Personen werden von den Delegierten gewählt, die auf der Konferenz die Angestellten und Arbeiter vertreten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind auf drei Jahre gewählt. Der Aufsichtsrat ernennt selbst seinen Präsidenten, setzt sein Reglement fest und tritt zu von ihm selbst festgesetzten Zeitpunkten zusammen. Auf schriftliches Ansuchen von mindestens zehn Mitgliedern muß eine Sondertagung stattfinden. An der Spitze des internationalen Arbeitsbureaus steht ein Direktor, der vom Verwaltungsrat ernannt wird, von dem er Instruktionen erhält. Die Funktionen des internationalen Arbeitsbureaus bestehen in der Zentralisierung und der Verteilung aller Informationen bezüglich der internationalen Reglementierung der Arbeiterbedingungen und des Arbeiterregimes und in der Prüfung von Fragen, welche es der Erörterung der Konferenz im Hinblick auf den Abschluß internationaler Konventionen unterbreiten soll, ferner in der Durchführung aller von der Konferenz vorgeschriebenen Sonderuntersuchungen. Die Konferenz kann Ausschüsse bilden, denen technische Berater beigegeben werden. Nimmt die Konferenz Vorschläge bezüglich einer Tagesordnungsfrage an, so hat sie zu entscheiden, ob diese Vorschläge die Form einer Empfehlung annehmen, welche der Prüfung der Mitglieder im Hinblick auf ihre Verwirklichung in Form eines nationalen Gesetzes oder anders zu unterbreiten sind, oder ob die Vorschläge die Form eines Projektes einer internationalen Konvention, die von den Mitgliedern zu ratifizieren ist, annehmen soll. In beiden Fällen ist Zweidrittelstimmenmehrheit notwendig.

Jedes Projekt, welches in der Schlußabstimmung nicht eine Zweidrittelmehrheit erhält, kann trotzdem Gegenstand einer Sonderabmachung zwischen Mitgliedern, die es wünschen, bilden. Jedes Mitglied muß einen Jahresbericht über die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der von ihm angenommenen Konventionen erstatten. Jede Beschwerde, die beim internationalen Arbeitsbureau von einer Arbeiter- oder Arbeitgeberorganisation vorgebracht wird, und wonach eines der Mitglieder die Durchführung einer von ihm angenommenen Konvention nicht befriedigend sichergestellt hat, kann der betreffenden Regierung zugestellt werden mit der Aufforderung um Abgabe einer Erklärung. Jedes der Mitglieder kann beim internationalen Arbeitsbureau Klage gegen ein anderes Mitglied vorbringen, das die Durchführung einer Konvention nicht genügend sichergestellt hat. Der Verwaltungsrat kann, falls er sich nicht direkt mit der in Frage stehenden Regierung in Verbindung setzen will, einen Untersuchungsausschuß einsetzen, der die Klage prüft, einen Bericht erstattet, die angebrachten Maßnahmen vorschlägt und auch Maßnahmen wirtschaftlicher Art gegen die angeschuldigte Regierung angibt, deren Durchführung durch eine andere Regierung gerechtfertigt erscheint. Die nächste Arbeitskonferenz findet in Washington statt. Das Organisationskomitee besteht aus sieben Personen, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und der Schweiz designiert werden. Die Tagesordnung lautet: Durchführung des Grundsatzes des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche, Fragen betreffs Verhinderung der Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit vor und nach der Niederkunft, zur Nachtzeit, bei ungesunden Arbeiten, Kinderarbeit, Ausdehnung und Anwendung der Berner internationalen Konvention von 1906 auf das Verbot der Nachtarbeit von Frauen in der Industrie, Verbot der Verwendung gelben Phosphors in der Zündholzindustrie. Folgende Methoden und Grundsätze scheinen eine besondere und dringliche Bedeutung zu besitzen: 1. Die Arbeit darf nicht als Ware oder Handelsartikel betrachtet werden. 2. Vereinsrecht in bezug auf alle gegen die Gesetze nicht verstoßenden Ziele. 3. Der Arbeitslohn muß dem Arbeiter ein anständiges Lebensniveau sichern. 4. Durchführung des Achtstundentages oder der 48-Stunden-Woche. 5. Sonntagsruhe. 6. Abschaffung der Kinderarbeit. Die Arbeit von Jünglingen und Mädchen muß die Fortführung der Erziehung sowie ihre physische Entwickelung sicherstellen. 7. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. 8. Alle im Lande ansässigen Arbeiter müssen wirtschaftlich gerecht behandelt werden. Organisierung staatlicher Arbeitsinspektionen zur Sicherstellung des Arbeiterschutzes.

Der Völkerbundsvertrag weist demnach im Arbeitsrecht keine wesentlichen Vorteile gegen das heute in Deutschland geltende Arbeiterrecht auf. Das deutsche Proletariat hat vor der Hand nicht einmal die Möglichkeit der Mitwirkung in den grundsätzlichen Fragen! Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Abschnitt bei der deutschen Arbeiterschaft die beabsichtigte Freude auslösen wird, die man wohl im Kreise der Entente erwartet hat.

Der Kieler Kanal.

Der Kieler Kanal soll nach den Bestimmungen des Friedensvertrags-Entwurfes samt seinen Zufahrtswegen den Kriegs- und Handelsschiffen aller Nationen frei sein. Beschränkungen im Personen-Schiffsverkehr dürfen nur in Uebereinstimmung mit den allgemeinen Maßnahmen erlassen werden.

Die Bürgschaften für die Durchführung.

Als Bürgschaft für die Durchführung des Friedensvertrages werden von der Entente die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe fünfzehn Jahre lang besetzt gehalten. Werden die Bedingungen von Deutschland erfüllt, so wird die Besetzung allmählich aufgehoben, und zwar in der Art, daß nach fünf Jahren der Brückenkopf von Köln und ein bestimmter Teil des nördlichen Rheinlandes freigegeben wird. Nach zehn Jahren sollen dann der Brückenkopf von Koblenz und ein entsprechendes Hinterland geräumt werden, nach fünfzehn Jahren der übrige Teil der Rheinlande sowie Kehl. Eine Nichterfüllung des Vertrages würde zur Folge haben, daß auch bereits geräumte Gebiete wieder besetzt werden. Wird der Vertrag vor Ablauf von fünfzehn Jahren erfüllt, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen.

Sodann wird noch die ausdrückliche Annullierung des Vertrages von Brest-Litowsk und aller Verträge und Abmachungen Deutschlands mit der maximalistischen Regierung Rußlands gefordert. Auf Anweisung der alliierten Regierungen müssen die deutschen Truppen aus den Ostsee-Provinzen und Litauen zurückgezogen werden.

Schlußresers.

Der fünfzehnte Teil der Friedensabmachungen enthält noch verschiedene Klauseln über die Anerkennung der Friedensverträge und sonstigen Abmachungen zwischen der Entente und den früheren Bundesgenossen Deutschlands durch das Reich. Deutschland verpflichtet sich, keiner der Ententemächte irgendwelche Geldforderungen für ein Ereignis vor der Inkraftsetzung des Vertrages vorzulegen. Der Vertrag wird ratifiziert.

Interessante Erinnerungen an den 9. November.

In einer Versammlung in Berlin machte der mehrheitssozialistische Vollzugsrats-Vorsitzende Brolat interessante Mitteilungen über die Vorgänge vom 9. November. Ebert und Scheidemann waren bereit, die Revolution ins Werk zu setzen, sobald Erzberger mit den Waffenstillstandsbedingungen in Berlin eingetroffen war. Die Unabhängigen setzten aber mit den Straßendemonstrationen einige Stunden zu früh ein; Ebert hatte sie für die Nachmittagsstunden geplant. Nur durch Scheidemanns Eingreifen wurde ein Blutvergießen verhindert da ein großer Teil der bewaffneten Macht noch bereit war, sich für die alte Regierung einzusetzen. Als man am 9. November zur Bildung der ersten Regierung schritt, erklärte Ebert, daß beide sozialistischen Parteien zu gleichen Teilen beteiligt werden sollten. Die Verhandlung fand unter Leitung von Wahnschaffe statt, der im Auftrage Eberts mit Cohen, Dittmann und Voigtherr verhandelte. Als Dittmann anregte, auch die Linksradikalen in die Regierung aufzunehmen, erklärte Ebert, Bringen Sie Liebknecht her. Auf die Frage nach der Staatsform erklärte Ebert, daß selbstverständlich nur an eine Republik zu denken sei, die mit aller Macht zu einer sozialistischen auszugestalten wäre. Diese Besprechung verlief in bester Harmonie. Gegen 6 Uhr abends hatte sich die Lage wesentlich verschärft. Liebknecht und Emil Barth setzten sich energisch für die Diktatur des Proletariats ein. Am 10. November gegen Mittag traf Erzberger mit den Waffenstillstandsbedingungen ein, und jetzt erklärte Barth, daß an eine Diktatur des Proletariats nicht gedacht werden könne, weil diese unter dem Druck der entsetzlichen Waffenstillstandsbedingungen dem gesamten deutschen Volke gegenüber nicht allein die Verantwortung übernehmen könne. Brolath sprach dann über die Vorgänge vom 6. Januar und rief den zahlreich anwesenden Unabhängigen und Kommunisten zu: Als Ihr schwer bewaffnet vor die Reichskanzlei rücktet, hättet Ihr die ganze Regierung stürzen können. Keiner von uns hatte Waffen, und in den nächsten fünf Tagen wäre es uns nicht möglich gewesen, auch nur 50 Bewaffnete aufzubringen. Brolath sprach dann für die Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die nicht daran scheitern dürfe, daß möglicherweise einige Führer im Wege stehen.

Der Protest der englischen Arbeiterpartei.

Die Kundgebung des nationalen Vorstandes der englischen Arbeiterpartei hat folgenden Wortlaut:

Der nationale Vorstand der Arbeiterpartei ist der Meinung, daß der veröffentlichte Komplex der Friedensbedingungen in verschiedenen wichtigen Punkten in Widerspruch mit den Erklärungen Wilsons, der Alliierten-Konferenz und der Berner Tagung stehen. Er ist vom Gesichtspunkte des Weltfriedens aus gesehen, außerordentlich mangelhaft und trägt den Stempel eines Kompromisses auf der Stirn, das unter dem Einfluß des Kapitalismus und Imperialismus dadurch zustande gekommen ist, daß die organisierten Arbeiter nicht bei der Festsetzung der Friedensbedingungen vertreten waren. Der allgemeine Geist der Friedensbedingungen steht in keinerlei Uebereinstimmung mit der Auffassung, die der Arbeiterstand von Frieden, Gerechtigkeit und Recht hat. Wir können nicht die Verantwortung für die Verletzung der Grundsätze auf uns nehmen, die bei der Regelung begangen wurden und setzen daher unsere Hoffnung auf das Volk und die Kräfte der organisierten Demokratie, um den Gedanken einer friedlichen Gemeinschaft aller Nationen zu schützen und zu entwickeln. Nur unter dem Einfluß des Arbeiterstandes, der in der Internationale organisiert ist, können die Gebrechen des heutigen Vertrages vollkommen ausgerottet und seine Bestimmungen durch den Völkerbund mit der Forderung einer wechselseitigen Ausfuhr in Europa in Uebereinstimmung gebracht werden. Da der Krieg teilweise die Folge vereitelter kolonialer Wünsche gewesen ist und der Vertrag keine Bestimmung für die gleiche Behandlung des Handels aller Nationen enthält, die den Frieden schließen, muß die dauernde Fernhaltung Deutschlands von der Mitgliedschaft des Völkerbundes eine Ursache neuer Störungen und Unruhen werden, die zu abermaligen internationalen Schwierigkeiten führen und im Zusammenhang damit eine Erhöhung der Lasten in maritimer, militärischer und administrativer Hinsicht für die alliierten Völker mit sich bringt. Daß Deutschland für die Wiederherstellung der zerstörten Gebäude Sorge tragen und Entschädigung aufkommen muß, für Zerstörungen, die es im Luft-, Land- und Seekrieg dem Eigentum der Bürger zugefügt hat, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Mordprozeß Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Zum Liebknecht-Prozeß wird dem „Vorwärts" geschrieben: Das Verhalten der Angeklagten und die Freiheiten, die ihnen gewährt werden, machen auf den Zuschauer einen verblüffenden Eindruck. Das Sonderbarste ereignete sich gestern Nachmittag. Nach Eintritt der Pause verließen die Angeklagten ihre Sitze und betraten den Verhandlungsraum und die Zuschauertribünen, wo sie mit verschränkten Armen die Bewunderung der Mitwelt über sich ergehen ließen. Plötzlich beginnt der Angeklagte Runge einen Streit mit einem Soldaten, der der Bruder sein soll, und den er als Verbrecher und Spartakisten beschimpft. Einem Soldaten versuchte Runge die Handgranate zu entreißen. Hinzukommende Schutzleute weigerten sich, gegen Runge vorzugehen, da dieser „seine eigene Wache habe". Die Wache trat auch in Erscheinung, und zwar — gegen einen Beschwerdeführer —, der sich herausnahm, das Verhalten Runges unschön zu finden. Der Sünder (nicht Runge!) wurde energisch zur Rede gestellt. Hoffentlich nimmt Herr Runge den Zwischenfall nicht übel, der ihn dazu verhelfen sollte, seine Unzurechnungsfähigkeit zu beweisen.

*

Zweiter Tag.

Beschwerden über das gestrige Verhalten der Angeklagten in der Pause geben dem Vorsitzenden Veranlassung, anzuordnen, daß die Angeklagten nur auf dem vorgeschriebenen Wege in den und aus dem Anklageraum geführt werden und daß sie nicht in den Zuhörerraum hineingelassen werden. Auf Antrag des Anklagevertreters wird der Bruder des Angeklagten Runge, der eventuell auch als Zeuge vernommen werden soll, aus dem Zuhörerraum gewiesen. Darauf beginnt die Zeugenvernehmung.

Die Zeugen Meering und Polizeiwachtmeister Lindner machen Aussagen über die Verhaftung der beiden Getöteten in der Wilmersdorfer Wohnung des Kaufmanns Marcussen. Der wichtige Zeuge Hauptmann Pabst schildert die Einlieferung der beiden Gefangenen. Er hat dann die beiden angeklagten Offiziere Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung und Oberleutnant Vogel mit der Ueberführung der Gefangenen nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit beauftragt und von ihnen dann die Meldung entgegengenommen. Nach seiner Aussage war bei der Erstattung der Meldung Oberleutnant Vogel im Gegensatz zu Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung außerordentlich aufgeregt. Der Zeuge bestreitet, den Wachtmannschaften Weisung gegeben zu haben, in ihren Angaben über die Fälle Liebknecht und Luxemburg sich streng an den von ihm für die Zeugen verfaßten offiziellen Bericht zu halten. Darauf stellt der Anklagevertreter an die Zeugen die Frage, ob es stimme, was die Herren Rusch und Wegmann vom Berliner Vollzugsrat in der Presse behaupten, er, der Anklagevertreter hätte seine Vernehmung absichtlich am Tage der Beerdigung Liebknechts vorgenommen, um sie von der Vernehmung fern zu halten. Der Zeuge weiß aber nicht genau, daß die Vernehmung nicht am Tage der Beerdigung Liebknechts stattgefunden habe, weil er wegen dienstlicher Verpflichtungen verhindert gewesen wäre, zur Vernehmung zu erscheinen. Leutnant zur See Souchon bestreitet, daß von irgendeiner Verabredung der Offiziere, Liebknecht zu töten, die Rede gewesen sein könne. Auch sei vom Kapitänleutnant v. Pflugk-Hartung kein Befehl erteilt worden, der auf eine solche Verabredung schließen lasse. Leutnant Sander gibt zu, am 21. Januar im Auftrage des Hauptmanns v. Pflugk-Hartung zu seinem Nachfolger im Kommando der Wache im Eden-Hotel gesagt zu haben, er solle ab und zu mit den Mannschaften über den Fall Liebknecht-Luxemburg sprechen, um ihre Meinung zu hören. Sein Nachfolger habe diese Verleitung zum Meineide abgelehnt. Zeuge hätte aber mit diesen Gesprächen nur beabsichtigt, den falschen Gerüchten unter den Mannschaften entgegenzutreten, die darin bestünden, die Offiziere hätten Liebknecht und Rosa Luxemburg getötet. Der Angeklagte Hauptmann v. Pflugk-Hartung erklärte seinerzeit, er habe nur die Absicht gehabt, den in der Presse, besonders in der „Roten Fahne" gemachten falschen Angaben entgegenzutreten. Zeuge Unteroffizier Klick ist mit Runge zusammen beim Militär eingetreten und schildert den Angeklagten Runge als einen sehr nervösen und leicht erregbaren Menschen. Er belegt das durch den Bericht über einige Vorfälle.

Eine Angestellte des Eden-Hotels, welche zur fraglichen Zeit in einem Schlafzimmer im vierten Stock tätig war, hat gehört, wie jemand gerufen hat, es müßten Leute nach dem Tiergarten kommen, um Liebknecht zu begrüßen. Vorsitzender: Haben Sie den Herrn gesehen? Zeugin: Jawohl. Vorsitzender: Haben Sie ihn erkannt? Zeugin: Nein, er rannte zu schnell an dem Zimmer vorbei. Nach den weiteren Bekundungen der Zeugin muß sich diese Szene gegen 10½ Uhr abends abgespielt haben. Hauptmann v. Lilienstein ist ebenfalls der festen Meinung, das keine Verabredung wegen der Tötung Liebknechts im Eden-Hotel stattgefunden haben kann. Auf Befragen des Vorsitzenden stellt der Zeuge fest, daß im Hotel eine solche Vereinbarung gar nicht habe getroffen werden können. Leutnant Bander hat bei dem Abtransport Liebknechts vor dem Hotel 50 bis 60 Personen wahrgenommen, die Verwünschungen gegen Liebknecht ausstießen. Es war davon die Rede, daß man ihn totschießen müßte. Als sich die Menge dem Wagen näherte, hat der im Auto rechts neben Liebknecht sitzende Offizier eine Pistole erhoben und hat der Menge zugerufen: Hinweg oder ich schieße! Dieser Offizier muß v. Pflugk-Hartung gewesen sein.

Es kommen sodann die Ereignisse beim Abtransport der Frau Luxemburg zur Sprache. Hierbei wird besonders das Verhalten des Angeklagten Jägers Runge beleuchtet. Die große Reihe von Zeugen, darunter ein Kamerad Runges, der mit ihm Wache gehabt hat, sagt aus, daß Runge der Ueberzeugung gewesen sei, er sei durch die von Liebknecht und Rosa Luxemburg entfachte Bewegung um seine Stellung gekommen und dadurch genötigt, morgen wieder Unterkunft im Militärdienst zu suchen. In diesem Punkt stimmen die Zeugenaussagen überein. Als Rosa Luxemburg die Vorhalle passiert hatte und sich dem Ausgange des Hotels näherte, ist der Jäger Runge im Ausgange auf sie zugesprungen und hat ihr mit dem Gewehrkolben zunächst einen Schlag über den Kopf versetzt, so daß sie rücklings fiel und in die Knie sank. Bezüglich des zweiten Schlages, den Runge geführt haben soll, gehen die Zeugenaussagen auseinander. Ein Teil der Zeugen behauptet, Runge habe noch einen zweiten Schlag geführt. Als er den zweiten Schlag führen wollte, sei er von dem hinzugesprungenen Kameraden davon abgehalten worden. Ein Offizier sei herbeigeeilt und habe gerufen: Ihr seid wohl verrückt! Es werden sodann protokollarische Aussagen verlesen, eine vom 2. Februar stammende. Danach soll Runge, als Rosa Luxemburg die Vorhalle betrat, geäußert haben: Die kleine Frau muß auch noch ein paar haben! Nach dem Schlag ist Frau Luxemburg in das Auto geschleppt worden. Einige Zeugen wollen bemerkt haben, daß der Kopf der Frau Luxemburg stark geblutet habe. Ein Zeuge sagte aus, Runge habe bereits vorher sein Gewehr entladen, damit er schlagen könne.

Ueber die Vorgänge nach dem Verschwinden der Frau Luxemburg wird die Zeugenaussage weniger einheitlich. Es wird ausgesagt, es seien Leute zurückgekommen und hätten gesagt: Die ist auch erledigt, sie schwimmt schon! Weitere Zeugenaussagen bekunden, daß Liebknecht sowohl wie Frau Luxemburg auf dem Transport geschlagen worden seien. Meinungsverschiedenheiten entstehen zwischen den Zeugen über die Schnelligkeit, mit der sich das Auto nach der Landwehrbrücke begeben habe. Die Vorgänge an der Brücke, von der aus Frau Luxemburg ins Wasser geworfen sein soll, werden durch die Zeugenaussagen wenig geklärt.

Wirtschaftliches.

Vom freien Handel.

Das Loblied des freien Handels wird in Interessentenkreisen jeden Tag gesungen. Wir haben bei der Freigabe des Eierhandels gesehen, wie schön es klingt. Obwohl sich der freie Handel gleich auf den „Marktpreis" geeinigt hat, stieg er trotzdem höher, aber der Eier wurden nicht mehr. Wenn hin und wieder ein Körbchen voll zur Ansicht ausgestellt war, verstanden es Begüterte, die seltenen Hühnerprodukte sofort aufzukaufen. Die Minderbemittelten konnten sich nur einige Stunden davon überzeugen, daß es in Deutschland immer noch Hühner gibt, die wirklich noch Eier legen. Die meisten Eier gehen durch Hintertüren an gute Kunden ab. So stand kürzlich im Kasseler Tageblatt folgendes Inserat:

> Wöchentlich 40 Landeier
> zu mäßigem Preis abzugeben. Angeb. mit
> Preis unter Nr. 2534 an die Geschäftsst.
> dieses Blattes.

Also ein unverschämter Kerl, der sich den Wanst selbst vollfrißt, hat 40 Stück Eier übrig. Zu „mäßigem Preis"! Wie bescheiden! Der Mensch weiß ganz genau, wo er die Eier anbringen kann und was ein mäßiger Preis ist. Um den ist es ihm aber nicht zu tun. Er will ein Höchstpreisangebot, und wer den größten Beutel hat, der kann mit 40 Eiern wöchentlich weiter durchhalten. Die arbeitende Klasse, die solche Preise nicht bezahlen kann, leckt sich die Finger. Man sage nicht, so etwas passiere nur in Kassel. In Lübeck ist es gewiß nicht anders. Gute Verbindungen machen solch unverschämte Inserate nur überflüssig.

Höchst sonderbar betätigt sich der freie Handel in Lübeck auch bei den neu eingeführten Südfrüchten. So waren in einem Laden Feigen zu 2 Mark pro Viertelpfund ausgestellt, anderwärts wieder zu 2,50 Mark. Man geniert sich, den Pfundpreis anzugeben. 8 Tage später ist dieselbe Ware bei dem ersten Verkäufer dann um 2 Mark pro Pfund gestiegen. Man konnte erst glauben, dem Manne sei bei der Kalkulation ein Versehen unterlaufen. Das ist, wie wir uns an einer dritten Stelle überzeugten, aber nicht der Fall, denn dort kostet das Pfund 6,50 Mark. Ueber die absteigende Preiskurve des freien Handels könnte man sich nur freuen. Wir fragen aber: Wer treibt hier Wucher? Bei einem Artikel, der doch gewiß von demselben Grossisten bezogen ist, kann doch in derselben Stadt kein Preisunterschied von dreiundeinerhalben Mark bei einem solch kleinen Quantum aufkommen. Hat sich dieser Händler auch verrechnet? Wahrscheinlich trifft es bei allen dreien zu. Der freie Handel verrechnet sich heutzutage nur zu leicht — zum Schaden der Allgemeinheit.

Aus der Partei.

Anträge zum Parteitag. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Magdeburg nahm folgende Anträge einstimmig an: Der Parteitag möge sich mit aller Entschiedenheit für die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik aussprechen, und die Parteigenossen auffordern, partikularistischen Tendenzen überall und wirksam entgegenzutreten. — Die Reichsregierung zu ersuchen, gegen jeden Versuch zur Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel energisch

Front zu machen. Ein warnendes Beispiel ist die Freigabe der Eier. Bevor Angebot und Nachfrage des Lebensmittelmarktes sich nicht decken, darf eine Aufhebung oder Lockerung der zwangswirtschaftlichen Bestimmungen nicht stattfinden. Insbesondere wichtig ist eine strenge Beaufsichtigung der Produzenten und Händler, um den gefährlichen Schleichhandel zu bekämpfen. Die gegenwärtige Handhabung der strafgesetzlichen Bestimmungen reizt geradezu zur Umgehung der Zwangsbewirtschaftung. Weit schärfere Strafen und im Wiederholungsfall Enteignung der Gesetzesverächter auf der einen Seite, und eine möglichst gute Belieferung der Versorgungsberechtigten auf der anderen, sind die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des gemeingefährlichen Schleichhandels. Auch ist endlich mit der Beseitigung der die Konsumenten belastenden Kriegsgesellschaften zu beginnen.

Die Einigung des Proletariats in Jena. Wir brachten vor einigen Tagen eine telegraphische Meldung aus Jena, wonach die vereinigten sozialdemokratischen Parteien in Jena beschlossen, die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zwecks Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie nach Jena einzuladen. Wie diese Einigung aussieht, zeigt jetzt das Programm der „Leipziger Volkszeitung". Ein Ausschuß beschloß:

1. Die Arbeiterschaft erstrebt die Diktatur des Proletariats und fordert die Entfernung der gegenwärtigen Regierung, die sich als unfähig erwiesen hat, geordnete Zustände herbeizuführen. 2. Bildung einer rein sozialistischen provisorischen Regierung unter Ausschluß aller kompromittierten Personen zur Leitung der Staatsgeschäfte bis zur Verwirklichung des proletarischem Rätesystems und nachheriger entsprechender Neubildung der Regierung. 3. Sofortige Einsetzung einer Sozialisierungskommission aus Personen, die das unbedingte Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft besitzen. Ausstattung dieser Kommission mit weitgehendsten Vollmachten. 4. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung des gesamten Bergbaues, des Großgrundbesitzes und der industriellen Großbetriebe durch Betriebsräte, in denen die Arbeiterschaft der bestimmende Teil sein muß. Forderungen zur gegenwärtigen Lage: Freilassung aller politischen Gefangenen; Aufhebung des Belagerungszustandes; Entwaffnung des Bürgertums; Auflösung der Freiwilligenkorps; Bildung einer Volkswehr auf sozialistischer Grundlage; Aufruf an die Proletarier aller Länder zur Aufrichtung des Rätesystems und Durchführung der sozialistischen Weltrevolution; Sofortige Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland und der Räterrepublik Ungarn.

Mit diesen allbekannten Schlagworten schafft man die harten Tatsachen nicht aus der Welt und schafft auch keine Einigung.

Die Unabhängigen und der Friede.

Eine Konferenz der U. S. P., bestehend aus der Parteileitung, der Kontrollkommission, dem Frauenreichsausschuß, den Bezirksleitern, den Redakteuren, der Fraktion der Nationalversammlung, sowie Vertretern der Fraktion der Preußischen Landesversammlung, hat zusammen mit Vertretern der Arbeiterräte der U. S. P. am Sonntag zum Frieden Stellung genommen und ihre Ansicht in einer längeren Entschließung niedergelegt. In der Resolution heißt es u. a.:

Der Frieden, den die Entente dem deutschen Volke zumutet, ist ein Gewaltfrieden schlimmster Art. Rein deutsche Bevölkerungsteile, die in staatlicher Gemeinschaft mit dem deutschen Volke leben wollen, werden von ihm gegen ihren Willen losgetrennt. Die Absicht auf die Annexion des Saarbeckens wird kaum noch verhüllt. Der nordöstliche Streifen Ostpreußens mit einer Bevölkerung, die sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, wird von ihm losgerissen. Ganz Ostpreußen wird vom Deutschen Reiche abgeschnürt. Danzig wird zum Schein in einen selbständigen Staat umgewandelt, in Wahrheit gegen den Willen der Bevölkerung dem polnischen Staat ausgeliefert. Auch sonst wird, so in West-, in Ostpreußen, Posen, Schlesien das Selbstbestimmungsrecht mißachtet, dessen Anwendung wir für alle Gebiete fordern. Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erwürgt, das Proletariat versklavt, die Grundlage neuer Völkerkonflikte geschaffen. Alle pazifistischen Ideologien sind an dem brutalen Geist des Imperialismus zerschellt. . . .

Selbst wenn bei den eingeleiteten Verhandlungen erhebliche Veränderungen nicht erreicht werden sollten, so bleibt doch letzten Endes nichts anderes übrig, als sich dem Zwange zu fügen und den Vertrag zu unterzeichnen. Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen, die Besetzung unserer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am fürchterlichsten unter den Folgen zu leiden hätten.

Soziales.

Die Lohnstreitigkeiten zwischen dem Reichspostministerium und den Telegraphenarbeitern sind durch Schiedsspruch eines beim Reichsarbeitsministerium gebildeten Schlichtungsausschusses zum Abschluß gebracht worden. Der Schiedsspruch setzt die Löhne der Telegraphenarbeiter auf die gleiche Höhe wie die der Eisenbahnarbeiter, dagegen hat das Schiedsgericht dem Verlangen der Telegraphenarbeiter, über diese Löhne hinauszugehen, nicht entsprochen. Dem Reich ist durch den Schiedsspruch eine Mehrausgabe von 17 Millionen Mark auferlegt.

Ein Lazarettinsassen-Kongreß

fand dieser Tage in Frankfurt a. M. statt. Der Lübecker Lazarett-Ausschuß übermittelt uns die Forderungen, die auf dem Kongreß aufgestellt wurden, und über die mit der Regierung verhandelt wird. Sie lauten:

1. a) 5 Mark Einheitslöhnung pro Tag ohne Unterschied der Charge, auch für Offiziere und Beamte, unter Wegfall des Gehalts während der Dauer der Behandlung. Nachzahlung der Differenz für alle, die ab 9. 11. 18 die 5 Mark nicht erhalten haben.
   b) Außerdem eine Teuerungszulage für Verheiratete 500 Mark, Ledige 300 Mark, für alle, die gezwungen sind, infolge ihrer Erkrankung oder Verwundung in Lazarettbehandlung zu bleiben. Reichstag 19. 1. 19.
   c) Die Sanitäts-Verordnung, nach der Lazarettinsassen zur Arbeit herangezogen werden können, muß außer Kraft gesetzt werden.
   d) Das Beköstigungsgeld ist für Urlauber und Selbstversorger auf 5 Mark festzusetzen.
   In den Lazaretten ist eine bessere Verpflegung zu schaffen. Gleichstellung in dieser Beziehung mit den Regierungstruppen hat sofort zu erfolgen.
2. Während der Lazarettzeit eine anständige Bekleidung, bei der Entlassung einen neuen vollwertigen Entlassungsanzug, Wäsche und Schuhe. Bei Geldabfindung wird insgesamt 700 Mark verlangt. (Anzug 300 Mark, Schuhe 60 Mark, Hemd 20 Mark, Unterhose 20 Mark, Strümpfe 15 Mark, Mantel 200 Mark, Hut 30 Mark, Ersatzteile usw. 55 Mark). Rentenempfänger und ehemalige Soldaten sind bei Lazarettaufnahme bezw. Behandlung den übrigen Lazarettinsassen in jeder Beziehung gleichzustellen.
3. Urlaub mit vollen Gebührnissen ist nach wie vor zu gewähren. Entgegenstehende Verfügungen sind aufzuheben.
   Bei Beurlaubungen haben die Lazarettinsassen freie Eisenbahnfahrt. Schnellzugsberechtigung muß gewährt werden. Die Schwerbeschädigten haben das gesetzliche Recht auf Benutzung 2. Klasse.
   Fortzahlung sämtlicher Lazarett-Gebührnisse und Verpflegungsgelder bei Beurlaubung bis zur vollständigen Entlassung.
4. Die Militärrente ist für Offiziere und Mannschaften gleich zu stellen.
5. Sämtliche Lazarett-Insassen genießen volle Portofreiheit, sofern die Briefe und Karten den Lazarettstempel tragen.
6. Erhöhung der Familienunterstützung um 100 Prozent unter Beibehaltung der Kriegsbeihilfen auch für ehemalige Kriegsteilnehmer, sobald sie sich wieder in Lazarettbehandlung begeben müssen.

Wir verkennen gewiß nicht die bedauernswerte Lage der Kriegsopfer, müssen aber doch die bescheidene Frage aufwerfen, woher das bankrotte Reich die Summen nehmen soll, die hier gefordert werden. — Zu erwähnen ist noch, daß auf der Fahrt zum Kongreß mehrere Delegierte verhaftet wurden.

Vom lieben Adam Mensch.

Von Julius Kreis.*)

Der Sohn.

Vor Liebhaberphotographen wird gewarnt! Sie geben keinen Pardon.

Alles nehmen sie aufs Korn: den Säugling in der Wiege wie den Greis am Stabe. Ihr Wahlspruch ist: Immer feste druff! Sogar ihr eigen Fleisch und Blut wird vor die Linse geschleppt.

Also: Im Jahre 1918 war meinem Freund Michl ein sogenannter Kriegsjunge geboren worden. Kaum zur Welt gebracht, wurde das Knäblein schon vor die väterliche Kamera geschleppt. Die Hebamme stand allein auf weiter Flur und hatte das Nachsehen und in der rechten Hand ein Trockentuch. Das Kind schrie fürchterlich, aber Michl drückte ohne Gnade ab. Nun erst war seinem Werke sozusagen die Krone aufgesetzt, und er trug es unter Ziffer 17 365 a in das Register seiner Taten ein. Dann kam das Bild in die Brieftasche. Wer des Weges kam, erhielt es versetzt. Ich war der erste. — Michl reichte es mir voll wortlosen Stolzes. Ich bin bei Michls Lichtbildern vorsichtig. Seit ich einmal ein Picknick unter einer Tanne für einen Lampenschirm gehalten habe, ziehe ich es vor, in liebenswürdig konzilianter Art mehr allgemeine Urteile zu fällen. „Ah", sagte ich, „entzückend! Ganz reizend! Famos! Ja, das Isartal!" — „Du hältst es verkehrt," belehrte mich Michl.

„Ach so, natürlich!" — Ich drehte das Bild herum.

„Das muß man dir lassen: Stimmungen liegen dir vortrefflich. Also dieser Mond über dem See! Wo ist denn das Plätzchen?"

Michl sagte nichts weiter als: „Du Idiot!„

Da merkte ich, daß ich wieder daneben gehauen.

„Du hättest mehr belichten sollen," versuchte ich mein Glück nochmal, „diese Gletscherbilder verlangen das. Eine Karwendelgruppe, nicht wahr?"

„Nein," sagte Michl, „es ist mein Sohn!"

Ich fing das Bildchen gerade noch im Fallen auf.

„Aber natürlich!" rief ich begeistert und erlöst, „dein Sohn! Gratuliere, gratuliere!"

Und ich vertiefte mich glückstrahlend in das Bild und zeigte mit dem kleinen Fingernagel vorsichtig-zärtlich auf den Sohn.

„Ein Mordskerl! Dieses feste Köpferl, und wie er klug in die Welt schaut."

„Entschuldige," sagte Michl, „du zeigst ja auf den Bettzipfel."

Nun wurde ich aber ordentlich rot vor Verlegenheit. Ich ging mit dem Mute der Verzweiflung noch einmal an die Betrachtung, und um alles gutzumachen, rief ich im Brust-, Magen- und Kopfton tiefster Ueberzeugung: „Ganz der Papa!"

„Nicht wahr?" sagte Michl stolz, nahm mir das Bild aus den Fingern und betrachtete es selbst liebevoll noch einmal. Da wurde sein Gesicht plötzlich lang und länger, und ehrlich, wie Michl ist, sagte er endlich mit einem Seufzer: „Du, es ist wirklich nur der Bettzipfel drauf."

„Na also," frohlockte ich, „sagte ich's nicht: ganz der Papa!"

Der Junggeselle.

Er wohnt in der Mansarde. Zwei Zimmerchen sind's. Und wenn man ihn so am Vormittag im blauen Schlafrock, im weißen Haar und mit der Tabakspfeife am Fenster sitzen sieht, denkt jeder, auch der Atheist: Aha, der liebe Gott! Nur das eine: der liebe Gott mach ein freundlicheres Gesicht.

Alte Junggesellen spielen gern den Bärbeißigen, den Rührmichnichtan. Aber sie sind gar nicht so. Um die Weihnachtszeit ist meines Junggesellen Gesicht am galligsten. Er haßt „Sentimentalitäten". Und wenn seine „Hausfrau" die Sprache auf die Festtage bringt, winkt er ab: „Nichts für mich! Kindereien! Hör'n S' mit auf! — O, du fröhliche, jawohl! Lehr' mich einer die Welt kennen!" — Der Zug im Antlitz wird grimmiger.

Aber jedes Jahr am Spätnachmittag des „heiligen Abends" schleicht sich einer verstohlen die Treppe hinauf, einen kleinen Christbaum unterm Arm, zündet die Lampe an, lächelt ein wenig verlegen, braut sich einen Grog, und wenn's niemand mehr sieht, brennen in der Stube die Kerzen. O, du fröhliche, jawohl. Immer wieder kriegt's mich rum. — — Empfindsame Leser, insbesondere aber Leserinnen, werden sagen: Aber diese Geschichte könnte doch so schön zu Ende geführt werden. Da ist die Hausfrau, verwitwet natürlich . . .

Tja, aber alte Junggesellen sind gar nicht so . . .

Was muß der Laie von der Hautkrankheit wissen?

Dr. M. Crohn.

Durch den Krieg haben viel Krankheiten eine sehr große Verbreitung gefunden, darunter auch die ansteckenden Hautkrankheiten. Diese kann der Arzt im Anfang ihrer Entwicklung schnell und sicher heilen. Sind sie erst verschleppt, so sind die Beschwerden größer und die Heilung schwieriger. Der Laie muß wissen, daß eine Bartflechte durch Pilze, ähnlich den Hefepilzen, entsteht und daß sie nur durch Uebertragung von Mensch zu Mensch erworben wird. Diese Pilzflechte kommt auch an anderen Hautstellen und sowohl bei Männern oder bei Frauen vor. Bei Männern wird sie fast immer beim Rasieren erworben, wenn ein Messer, mit dem versehentlich ein Flechtkranker rasiert wurde, nach dem Gebrauch nicht gereinigt und keimfrei gemacht wurde. Frauen bekommen die Flechte manchmal in einer Friseurstube, wobei der Kamm der Keim-Ueberträger ist. Zu erkennen ist die Pilzflechte an ihren kreisförmigen, juckenden und schuppenden Flecken (daher auch Ringelflechte genannt.) Geht die Flechte in die Tiefe, so erzeugt sie kleine Knoten, die vereitern und ziemliche Schmerzen verursachen.

Die Furunkulose hat ebenfalls eine große Zunahme erfahren. Sie entsteht hauptsächlich durch mangelnde Hautpflege und zu seltenes Wechseln der Wäsche. Reinlichkeit ist das beste Vorbeugungsmittel. Sie führt zu zahlreichen Furunkeln, sehr schmerzhaften, eitrigen Knoten mit heftiger Entzündung der umgebenden Haut. Neben äußeren Heilmitteln stehen dem Arzte Impfmethoden mit den abgetöteten Krankheitserregern zu Gebote.

Eiterige Krustenausschläge können sowohl durch Ansteckung, aber auch ohne solche entstehen. Der Gesichts- und Kopfausschlag der Kinder ist zwar manchmal skrophulös, häufig aber auch ansteckend (Impetigo). Bedenklich können die Folgeerscheinungen in Form von Lymphgefäß-Entzündung und Lymphdrüsen-Vereiterung werden die zu großen Abszessen (Eitersäcken) führen. Frühzeitige ärztliche Behandlung ist hier aber besonders wichtig.

Sehr große Verbreitung hat heutzutage die Krätze gefunden, eine Hautkrankheit, die früher nur bei Landstreichern zu finden war. So scheußlich, wie der Laie sie sich vorstellt, ist sie keineswegs, lange nicht so ekelhaft und vor allem nicht so gefährlich, wie z. B. Kleiderläuse, von denen im Kriege ja Hoch und Niedrig heimgesucht wurde. Die Krätze wird durch eine Milbe verursacht, welche dem bloßen Auge nicht erkennbar, aber schon bei 50facher Vergrößerung gut sichtbar ist. Die Uebertragung von Mensch zu Mensch erfolgt meist dadurch, daß jemand in einem Bett oder auf einem Strohsack schläft, wo vorher ein Krätzekranker gelegen hat. Besonders groß ist natürlich die Gefahr der Ansteckung bei gleichzeitiger Benutzung eines Bettes in Gemeinschaft eines Erkrankten. Sehr häufig erkrankt die ganze Familie. Die Milbe gräbt sich in die Haut ein und, wie ein Maulwurf, unter der Oberfläche weiter (Milbengänge). Dieses Graben der Milbe verursacht ein unerträgliches Jucken, das besonders kurz nach dem Schlafengehen entsteht und oft die ganze Nacht den Kranken nicht zur Ruhe kommen läßt. Zu erkennen ist die Krankheit an diesem nächtlichen Juckreiz und an den stecknadelkopfgroßen roten Pünktchen, die bei ausgebildeten Fällen hauptsächlich am Rumpf, den Achselfalten und den Handgelenken, manchmal, aber durchaus nicht immer, auch zwischen den Fingern sitzen. Die Heilung durch geeignete Salben oder Schüttelmixturen gelingt leicht in 3—5 Tagen.

*) Wir entnehmen diese beiden Proben mit Erlaubnis der Verlagshandlung dem lustigen Büchlein „Vom lieben Adam Mensch" von Julius Kreis. Der Verfasser, ein Münchner, der nicht bloß Poet, sondern auch Zeichner ist, hat auch den Buchschmuck beigesteuert. Das Werkchen ist erschienen bei Hesse & Becker in Leipzig. (176 Seiten, Gebd. 2,40 Mk.)

Aus Nah und Fern.

Um eine halbe Million betrogen. Eine Schwindlergesellschaft, die zum Abschlusse ihres großen Unternehmens auch eine falsche Militärpatrouille ins Feld führte, wird von der Berliner Kriminalpolizei gesucht. Durch eine Reihe von Mittelspersonen wurde in Berlin für 500000 Mark Platin zum Verkauf angeboten. Eine Firma ging auf das Geschäft ein und die Vermittler brachten ihre Vertreter auch mit zwei Offizieren zusammen, die sich Leutnant Schäfer und Leutnant Werner aus Königswusterhausen nannten und die eigentlichen Eigentümer des kostbaren Metalls sein sollten. Die Verkäufer bestanden darauf, nur gegen bares Geld die Ware aushändigen zu wollen. Auf der Chaussee in der Nähe von Mittenwalde kam das Geschäft zustande. Die Verkäufer erhielten die große Summe ausgezahlt und gingen nach Mittenwalde zu davon. Die Käufer traten mit dem Automobil, mit dem sie gekommen waren und in dem sie das Metall mitnahmen, auch gleich die Rückfahrt an. Aber sie kamen nicht allzu weit. Vor Rudow tauchte plötzlich ein Automobil auf, das mit einem Feldwebel und fünf Mann in Feldgrau und Stahlhelmen besetzt war. Der Führer, der sich Feldwebel Könner nannte und auch einen Ausweis mit der Unterschrift eines Obersten vorzeigte war ebenso wie seine Leute mit Gewehr, Handgranaten und Revolver bewaffnet. Die Patrouille durchsuchte das Automobil der Platinkäufer angeblich nach Waffen, fand aber nur die Tasche mit dem Platin, „beschlagnahmte" sie und nahm sie mit. So mußten die Vertreter der Firmen ohne Geld und ohne Platin wieder nach Hause fahren. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen ist nicht daran zu zweifeln, daß die Patrouille von den Schwindlern bestellte Arbeit geleistet hat. Die Nachforschungen nach den Platinverkäufern waren bisher erfolglos.

Drei Geschwister ermordet. In Großwinkelsdorf Kreis Rastenburg ist eine furchtbare Bluttat verübt worden. Zwei Räuber in Uniform drangen zur Nachtzeit in das Gehöft der Familie Nagel und ermordeten die drei dort wohnenden Geschwister Nagel. Als am Morgen der älteste Bruder, der in der Scheune übernachtet hatte, die Wohnung betrat, fand er seine beiden Schwestern und den Bruder in großen Blutlachen mit eingeschlagenen Schädeln tot auf. Außer vielen Wertsachen sind den Raubmördern 9000 Mark Bargeld in die Hände gefallen.

Eine kleine Schlacht. Bei einem Aufruhr im Russen-Gefangenenlager Großbreesen bei Guben wurden zwei Russen getötet, zwei schwer und 13 leicht verletzt. Von den deutschen Wachtmännern wurde ein Sergeant schwer verwundet. Die Russen hatten versucht, einen widerspenstigen Gefangenen gewaltsam zu befreien.

Zu einer verhängnisvollen Schießerei kam es am Sonnabendabend in Rathenow. In einem Tanzlokal fand ein Vergnügen statt, an welchem auch Mannschaften des seit kurzer Zeit daselbst garnisonierenden Ulanenregiments sowie solche der Ziethen-Husaren teilnahmen. Zwischen ihnen und in dem Lokal anwesenden Matrosen und Zivilisten kam es nun zu einer Schlägerei. Die in der Mehrzahl befindlichen Zivilpersonen versuchten, unterstützt von Stendaler Matrosen, den Kavalleristen die Abzeichen abzureißen. Diese setzten sich zur Wehr und es kam infolgedessen zu einem Feuergefecht, wobei zwei Ulanen durch Revolverschüsse verletzt wurden. Hierauf gaben die Soldaten eine kurze Salve ab. Dabei wurde ein Matrose getötet und etwa 8 bis 10 Zivilisten zum Teil schwer verletzt. Sofort hinzugerufene Sicherheitsmannschaften verhafteten die Täter und verfügten die Schließung des Tanzlokals.

Allerlei Wissenswertes.

Der Hunger in der Natur.

Daß der Hunger durchaus nicht nur eine Erscheinung ist, die im Menschenleben eine Rolle spielt oder die der Mensch zu Versuchszwecken Tieren aufzwingt, sondern daß er auch in der freien Natur weit verbreitet ist, wird in einer längeren Abhandlung über die Lehre vom Hunger, die in dem letzten Heft des „Prometheus" veröffentlicht wird, des näheren ausgeführt. So nimmt der Rheinlachs, der zum Laichen vom Meer den Rhein hinaufwandert, etwa ¾ Jahre lang keine Nahrung zu sich und büßt dabei bis 50 Prozent seines Körpergewichts ein. Bei dem Nasenfrosch, der in Chile lebt, wurde beobachtet, daß der Froschvater den Laich schluckt, wobei dieser in die beiden Kehlsäcke oder Schallblasen gerät; 5—15 junge Frösche machen in diesen ihre Entwicklung durch und verlassen sie erst wieder als fertige Frösche. Sie drücken schließlich Speiseröhre und Magen des Froschvaters zusammen, der während der ganzen Tragzeit keine Nahrung zu sich nimmt. Aber auch unabhängig vom Laichgeschäft ist der Hunger in der freien Natur sehr verbreitet. Die Fische sind im Winter in einem viel schlechteren Ernährungszustand als in der warmen Jahreszeit, da die Vegetation zurückgeht und das Nahrungsangebot abnimmt. Auch manche Fälle von Metamorphosen stellen einen Hunger in der freien Natur dar; so nimmt die Larve des Aals während des Jahres ihrer Metamorphose keine Nahrung zu sich. Daß die Tiere wie auch der Mensch solche Hungerzeiten ertragen können, liegt daran, daß bestimmte Teile des Organismus dem zersetzenden Hunger widerstehen. Der Organismus erfährt im Hunger eine sehr starke Gewichtsabnahme, der Körper wird gewissermaßen eingeschmolzen. Bei einem Hungerversuche von Luciani wurde eine Gewichtsabnahme von 62½ auf 51½ Kilogramm, bei Tieren sind noch größere Gewichtsverluste bis zu 40 Prozent ihres Körpergewichts beobachtet. Dabei ändert sich jedoch die chemische Zusammensetzung des Körpers. Nicht alle Teile werden in gleicher Weise angegriffen, vielmehr werden vor allem Fett und Glykogen, die tierische Stärke, verbraucht, die die organischen Reservestoffe sind, während die Eiweißstoffe, die die organische Grundlage der Zellen bilden, geschont werden. Das Nervensystem, vielleicht auch das Herz, erleiden im Gegensatz zu den anderen Organen nur eine geringe Einbuße. Bei Tierversuchen hat man direkt beobachtet, wie zunächst im Hunger das Reservematerial preisgegeben wird. Bei der Hydra werden im Verlauf des Hungers die Tentakel oder Fangarme, die dazu dienen, die Nahrung zur Mundgegend zu treiben, allmählich eingeschmolzen. Man legt die Tatsache so aus, daß man sagt, am Hunger finde ein „Kampf der Teile" im Organismus statt. Die lebenswichtigsten Teile der Organe gehen aus diesem Kampf als Sieger hervor, nur so ist es möglich, daß der Organismus einen langandauernden Hunger aushalten kann.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion vor Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Eine Warnung an Lübecks Beamtenschaft.

Der Lübecker Beamtenverein macht Propaganda für den Zusammenschluß der Beamtenschaft zu einer Einkaufsgenossenschaft in der Art, daß er empfiehlt, in Verbindung mit der Altonaer Beamtenvereinigung eine Verkaufsstelle dieser Genossenschaft hier am Platze zu errichten. Mit einem Kundenkreise von 600 Haushaltungen soll das Unternehmen gesichert sein. Fragebogen für die Beteiligung sind auch dem Staatsbeamtenverein zugegangen mit der Aufforderung, diese Bogen bis zum 20. Mai d. J. ausgefüllt an C. Feilke, Mengstraße 66, zurückzureichen. —

Ich warne meine Kollegen, sich an solcher Dummheit zu beteiligen, und zwar aus folgenden Gründen:

Die lübeckischen wirtschafts-politischen Verhältnisse in ihrer Geringfügigkeit und Eigenart gestatten derartige Experimente nicht, weil die Beamten von den Stimmungen und Strömungen der kommunalen Körperschaften hier in Lübeck mehr abhängig sind als andere. Wird die beabsichtigte Gründung Tatsache, so ist es mit dem sowieso nicht allzugroßen Wohlwollen der kleinbürgerlichen Bevölkerung, zu der die Krämer und verwandte Berufe gehören, größtenteils vorbei, und ferner würde die Sozialdemokratie, die überwiegend den hier bestehenden Konsumverein benutzt, mit Recht eine durchaus nicht angebrachte Brüskierung in solchem Vorgehen erblicken.

Meiner Ansicht nach sind diese meine Gründe so klar für jedermann, daß sie weiter keiner Erörterung bedürfen; die Beamtenschaft wird in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht das lebensfähige Wirtschaftsverhältnis, so, wie es gegenwärtig besteht, mit der gesamten lübeckischen Bevölkerung stören wollen.

Friedrich Ahrens, Sekretär.

Die Lehrlingszüchterei im Bäckergewerbe.

Eine Spezialität von mehreren Mitgliedern der Bäckerinnung zu Lübeck ist es, recht viele Gesellen zu machen und möglichst keine zu beschäftigen. Nachdem die Innung wieder 22 Lehrlinge ausgeschrieben und noch mehr wieder eingestellt hat, lohnt es sich einmal, die Frage aufzuwerfen: **„Was lernen diese jungen Leute?" Ist doch in Lübeck sogar ein Betrieb, wo nur Pferdebrot hergestellt wird, in dem trotzdem ein Lehrling** Ostern zum Gesellen gemacht wurde. Da muß doch jeder zu der Ueberzeugung kommen, daß es eine größere Gewissenlosigkeit nicht mehr gibt. Darum, Eltern, die Ihr eure Söhne noch in der Probezeit bei den Innungsmitgliedern habt, überlegt es Euch einmal, denn auch in Betrieben, wo wirklich Einheitsbrot gebacken wird, lernen Eure Söhne eben auch nur dieses eine Produkt herzustellen. Kommen wir nun wieder, nachdem wir genügend Einfuhr haben, zur Weißbrot- und Kuchenbäckerei, dann können diese jungen Leute noch einmal lernen, und es wird sich kein Mitglied der Innung finden, diese Gesellen zu dem tariflichen Mindestlohn zu beschäftigen. Die Folge davon ist, diese Leute müssen ihrem Beruf Valet sagen, nachdem sie drei Jahre kostbarste Zeit dafür vergeudet und den Unternehmern ein williges Ausbeutungsobjekt abgegeben haben. Sind wir doch im Bäckergewerbe so weit, daß nur ein Zehntel aller gelernten Bäcker in Lübeck auch wirklich im Beruf arbeitet. Eine Verhandlung über die Reduzierung der Lehrlingszahl im Bäckergewerbe findet in den nächsten Tagen statt. Sollte dieselbe an der Halsstarigkeit des Innungsvertreters scheitern, sehen wir uns gezwungen, die Namen der Lehrlingszüchter zu veröffentlichen, damit sich die arbeitende Bevölkerung Lübecks bei Deckung ihres Brotbedarfs danach richten kann.

R. Gloy.

Der Straßenhandel.

Wenn der Einsender mir dieselbe Seife, das Pfund für 2,60 Mk. im Detailhandel verkauft, dann behaupte ich, daß es sich nicht um Seife, sondern um Bohrpasta handelt, die von mir zu 1,90 Mk. zu beziehen ist. Sollte der Detaillist mir dieselbe Seife verschaffen können, wie ich sie verkaufe, dann bin ich Großabnehmer.

B.

(Wir haben dieser Erwiderung eines Generalvertreters ausnahmsweise Raum gegeben, bemerken aber, daß die Sprechsaalrubrik nicht dazu da ist, geschäftliche Streitigkeiten von Konkurrenten auszutragen. Red.)

Literarisches.

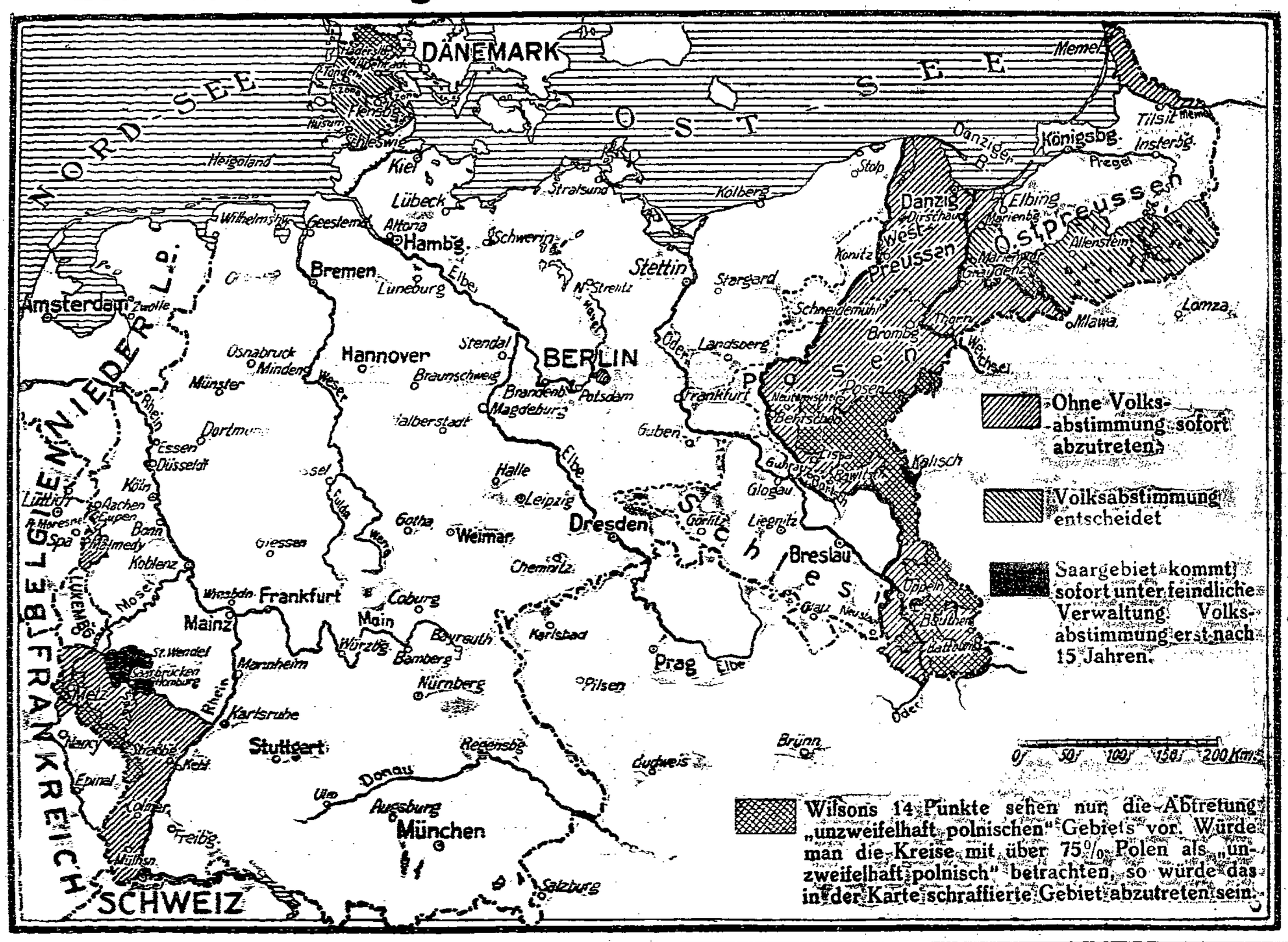
Liederbuch für das arbeitende Volk. 128 Seiten stark. Taschenformat. 75 Pfg. Porto. A. Hoffmanns Verlag, G. m. b. H., Berlin O. 27, Blumenstr. 22, I. Eine Neuauflage der Trotz- und Kampflieder, die von den Genossen der schweren Zeit des Sozialistengesetzes unter Tausenden von Gefahren verbreiteten, sogenannten Londoner Ausgaben. Aus dem offiziellen Liederbuche in der nachsozialistischen Zeit mußte der Verfolgungswut von Polizei und Staatsanwalt ein Kampfeslied nach dem andern zum Opfer fallen. Der ehemalige Inhalt ist wieder vollständig hergestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **Lübecker Volksboten**

Die Zerstückelung Deutschlands.

Vom Reiche sollen in Ost und West 5½ Millionen Deutsche getrennt werden.



Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 12. bis 18. Mai 1919 wird Fleisch und Frischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Frischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischmarke, die den Aufdruck „½" Anteil trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Frischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 12. Mai 1919. (2060

Das Landesversorgungsamt.

Personen, die einen Einkommensteuerzettel für das Jahr 1919/20 nicht empfangen haben, werden aufgefordert, bis spätestens den 20. Mai d. J. dem Steueramt, Fleischhauerstraße 20, hiervon schriftlich Anzeige zu machen. Wer die Anzeige unterläßt, kann mit Geldstrafe bis zu Mk. 100,— belegt werden.

In Travemünde, Schlutup, Rückniz und Dänischburg ist die Anzeige bei den dortigen Geschäftsstellen zu erstatten.

Personen, deren Einkommen im Jahre 1918 weniger als Mk. 1000 betragen hat, sind steuerfrei.

Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, deren Einkommen im Jahre 1918 weniger als Mk. 3000 betragen hat, wird für das Steuerjahr 1919/20 ein Steuerzettel nicht zugehen, so lange sie sich im aktiven Militärdienst befinden.

Lübeck, den 12. Mai 1919. 2064

Die Steuerbehörde.

Meldung der Gaskochgelegenheiten.

Die Vorstände von Haushaltungen ohne eine mit Gas zu speisende Kochgelegenheit wollen sich, soweit dies noch nicht geschehen, bis zum 20. Mai d. J. schriftlich bei der Ortskohlenstelle melden.

Name, Wohnung und Beruf sind anzugeben.

Wer sich nicht rechtzeitig meldet, von dem wird angenommen, daß er eine Gaskochgelegenheit besitzt.

Lübeck, den 12. Mai 1919. (2083

Das Landesversorgungsamt.

Am Mittwoch, dem 14. Mai, vormittags von 8 bis 11 Uhr werden im Konsumverein **Eier** ausgegeben an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **E—J.**

Am Mittwoch werden ebenfalls Ausweise für **Eskartoffeln** im Amtsgericht Zimmer 11, ausgegeben.

Am Donnerstag, dem 15. Mai, Ausgabe von **Marmelade** und **Suppen** durch sämtliche Kaufleute.

Stadtmagistrat Bad Schwartau.
(Ernährungssache.)
Francke.

2079

Arbeitshosen
starkes Zwirngewebe,
Stck. **33⁵⁰**
neu eingetroffen.
Johannes Holst
Markt 6. Kohlmarkt 6.
Groß- und Kleinverkauf.
Versand gegen Nachnahme. (2061